

Antwort der Bundesregierung

auf die Große Anfrage der Gruppe der PDS
– Drucksache 13/6565 –

Sicherung und Erneuerung industrieller Kerne in den neuen Ländern

Vorbemerkung

In den neuen Bundesländern sind seit 1990 große wirtschaftliche und soziale Fortschritte gemacht worden. Gleichwohl ist die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland noch nicht selbsttragend. Deshalb ist der Aufbau einer modernen und leistungsfähigen Wirtschaft weiterhin eine zentrale Aufgabe der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung. Ziel muß es sein, daß die Unternehmen aus eigener Kraft am Markt bestehen und genügend Beschäftigungs- und Einkommenschancen bieten. Nur durch die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und die Verbreiterung der unternehmerischen Basis wird es gelingen, die vorhandenen Arbeitsplätze zu sichern und neue Arbeitsplätze zu gewinnen.

1. Der wirtschaftliche Anpassungsprozeß in den ostdeutschen Ländern ist in den vergangenen Jahren ein gutes Stück vorangekommen. Beim Aufbau eines modernen Kapitalstocks und einer leistungsfähigen Infrastruktur wurden durch die Fördermaßnahmen des Bundes beachtliche Fortschritte erzielt. Besonders gravierende Problembereiche der Anfangszeit wie die unzureichende Telekommunikationsausstattung und Verkehrsinfrastruktur, offene Eigentumsfragen, mangelnde Verfügbarkeit von Gewerbeflächen oder fehlendes Planungsrecht sind heute keine Engpässe mehr für die weitere wirtschaftliche Entwicklung. Gemessen an der desola-

ten Ausgangsbasis konnten nachhaltige Verbesserungen erreicht werden:

- Ausbau der Infrastruktur durch 5 Millionen neue Telefonanschlüsse, über 11 000 km Bundesfernstraßen und Autobahnen sowie 5 000 km Schienenstrecke.
- Aufbau von 510 000 mittelständischen Unternehmen mit 3,4 Millionen Arbeitnehmern.
- Steigerung der Produktivität im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt von 31 % (1991) auf 57 % (1996) des westdeutschen Niveaus.
- Steigerung der Bruttoeinkommen der Beschäftigten von 47 % auf 74 % der durchschnittlichen Westeinkommen.

Der Aufbau Ost wird sich – wenn auch im Tempo verlangsamt – weiter fortsetzen. Für 1997 rechnen Bundesregierung und wirtschaftswissenschaftliche Institute mit einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in der Größenordnung von 2 %, für 1998 von 3 %. Hinter dieser Entwicklung stehen unterschiedliche und z. T. gegenläufige Tendenzen. Die Bauwirtschaft hat mit dem Fortschreiten des Aufholprozesses der ostdeutschen Wirtschaft ihre Funktion als Wachstumsmotor verloren. Demgegenüber hält die dynamische Entwicklung des Verarbeitenden Gewerbes und der Dienstleistungswirtschaft an; die Produktion des verarbeitenden Gewerbes ist in

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für Wirtschaft vom 16. Juli 1997 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

1996 gegenüber dem Vorjahr um 6 % gewachsen, die Tätigkeit der Dienstleistungsunternehmen expandierte um rd. 5,5 %.

2. Die Bundesregierung hat bereits in ihrem Bericht „Aufbau Ost. Die zweite Hälfte des Weges.“ vom September 1996 ausgeführt, daß ungeachtet der positiven Tendenzen eine Reihe gesamtwirtschaftlicher und einzelbetrieblicher Probleme fortbestehen:

- Die industrielle Basis ist im Vergleich zu Westdeutschland noch immer zu schmal. Der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an der ostdeutschen Bruttowertschöpfung betrug 1996 insgesamt 14,5 %, in Westdeutschland lag er bei 25,8 %. Von 1 000 Einwohnern waren im 2. Halbjahr 1996 nur 60 sozialversicherungspflichtig in der Industrie beschäftigt, in Westdeutschland waren es 108. Der geringe industrielle Anteil behindert ganz erheblich auch ein schnelleres Wachstum vieler insbesondere produktionsorientierter Dienstleister.
- Die Eigenkapitalsituation vieler Unternehmen ist weiterhin unbefriedigend. Die durchschnittliche Eigenkapitalquote der ostdeutschen Unternehmen liegt nach wie vor unter dem westdeutschen Niveau. Diese Unternehmen verfügen nicht über die stillen Reserven wie vergleichbare Unternehmen in den westdeutschen Ländern. Hinzu treten aktuelle Liquiditätsprobleme, die neben einer schlechten Zahlungsmoral z. T. auch dadurch verstärkt werden, daß die Kreditwirtschaft höhere Ausfälle und Risiken in Ostdeutschland bei der Kreditvergabe zu berücksichtigen hat.
- Die Absatzsituation in ostdeutschen Unternehmen hat sich deutlich stabilisiert, wozu u. a. die „Einkaufsoffensive Neue Bundesländer“ sowie die Auftragsvergabe durch die Bundesressorts beigetragen haben. Dennoch fehlt es vielen ostdeutschen Unternehmen aber nach wie vor an der notwendigen Präsenz auf überregionalen und internationalen Märkten und ihrer Einbindung in Produktions- und Absatzketten.

3. Die Bundesregierung hatte am 21. Juni 1993 im Zusammenhang mit dem Solidarpakt das „Konzept zur Sicherung und Erneuerung industrieller Kerne durch die Treuhandanstalt in den neuen Bundesländern“ beschlossen. Dieses Konzept setzte damals neue Akzente für die Arbeit der Treuhandanstalt und zielte darauf ab, die ehemaligen Treuhandunternehmen in die Lage zu versetzen, Initiativen der neuen Bundesländer zur Stabilisierung regional bedeutsamer Unternehmen aufzugreifen und gemeinsam mit den Ländern individuelle Problemlösungen für diese Betriebe zu entwickeln. Die Maßnahmen sind im einzelnen im Jahreswirtschaftsbericht 1993 dargelegt. Sie gingen von dem damaligen Regelfall aus, daß sich die von den Ländern als industrielle

Kerne angesehenen Unternehmen im Eigentum der Treuhandanstalt befanden.

Dies trifft heute nicht mehr zu. Die Treuhandanstalt hatte ihre Unternehmensprivatisierung in den neuen Bundesländern bereits Ende 1994 abgeschlossen und gleichzeitig ihre Arbeit beendet. 52 Unternehmen einschließlich mittelbarer Beteiligungen, die 1994 noch nicht privatisiert waren, wurden damals auf die Beteiligungs-Management-Gesellschaft Berlin (BMGB) übertragen. Die BMGB wird ihre Sanierungs- und Privatisierungsaufgabe 1997 abschließen und bis zum Jahresende ihre Tätigkeit vollständig einstellen können. Die Erledigung verbleibender Restaufgaben und die Wahrnehmung des Vertragsmanagements erfolgt dann über die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) in der gleichen Weise wie für die Verträge, die von der ehemaligen Treuhandanstalt abgeschlossen wurden.

Heute, nach der inzwischen abgeschlossenen Privatisierung der Wirtschaft der ehemaligen DDR, hat sich der Sachverhalt gegenüber dem Anfang der 90er Jahre grundlegend verändert. Unter den gegenwärtigen Gegebenheiten würden die damals im Konzept zur Sicherung und Erneuerung industrieller Kerne durch die Treuhandanstalt in den neuen Bundesländern beschlossenen Maßnahmen ins Leere laufen. Sie sind damit in weiten Teilen obsolet und durch andere, in der Vorbemerkung vor Frage 1 genannte Maßnahmen ersetzt worden, die gezielt bei den heute sich stellenden Fragen ansetzen.

4. In den folgenden Ausführungen wird die Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage des Abgeordneten Dr. Fritz Schumann (Kroppenstedt) und der Gruppe der PDS/Linke Liste (Drucksache 12/7745) betr. Erneuerung industrieller Kerne vom 30. Mai 1994 berücksichtigt. Wie dort bereits dargestellt, muß aus Gründen des Datenschutzes ggf. auf die Nennung der Namen von Unternehmen sowie auf die Angabe von internen Unternehmensdaten verzichtet werden.

Weiterhin wird darauf hingewiesen, daß eine Vielzahl der Fragen Themen aus dem Bereich der Regional- und Strukturpolitik betrifft, für die nach der Kompetenzverteilung des Grundgesetzes nicht der Bund, sondern primär die Länder zuständig sind. Der Bund hat hier – insbesondere nach Beendigung des Privatisierungsprozesses – nur noch eingeschränkte Aufgaben. Da mit zunehmendem Abstand zur Privatisierung auch die vertraglichen Verpflichtungen auslaufen, die die Investoren gegenüber der Treuhandanstalt hatten, vermitteln die Vertragsdaten der BvS heute nur noch ein unvollständiges Bild über die Lage vor Ort. Diese Fragen konnten daher nur soweit beantwortet werden, wie der Bundesregierung regionalspezifisches Datenumaterial vorlag.

Die Bundesregierung hat 1994 in ihrer Antwort auf die Große Anfrage des Abgeordneten Dr. Fritz Schumann (Kroppenstedt) und der Gruppe der PDS/Linke Liste (Drucksache 12/7745) zu Beschäftigtenzahlen ausgewählter Regionen und Industrieunternehmen in den neuen Ländern Stellung genommen. Das betraf

in Mecklenburg-Vorpommern Einschätzungen

zur Schiffbauindustrie in Stralsund, Wismar und Rostock: Volkswerft Stralsund, MTW Schiffswerft, Kvaerner-Warnow-Werft;

in Brandenburg Einschätzungen

zur Braunkohlegewinnung und Altlastensanierung, zur Stahlindustrie: H.E.S. Hennigsdorfer Elektrostahlwerke GmbH und B.E.S. Brandenburger Elektrostahlwerke GmbH,

zum Landmaschinenbau in der Region Bad Liebenwerda: Landmaschinen Impulsa AG Elsterwerda;

in Berlin Einschätzungen

zum Maschinenbau und zur Elektrotechnik:

Niles Werkzeugmaschinen GmbH,

ABB-Bergmann-Borsig GmbH,

SAMSUNG, Deutsche Waggonbau AG;

in Sachsen Einschätzungen

zum investitionsgüterproduzierenden Gewerbe sowie zu alternativen Arbeitsplätzen in den Regionen

Dresden: Zentrum für Mikroelektronik Dresden, Sächsische Edelstahlwerke Freital,

Leipzig: Bodenbearbeitungsgeräte BBG Leipzig GmbH, Chemieanlagenbau,

Chemnitz: Heckert-Chemnitzer Werkzeugmaschinenbau GmbH, Kändler Maschinenbau GmbH,

Zwickau: VW-Werk Mosel,

Görlitz, Bautzen und Niesky: Waggonbau,

Bischofswerda: Mähdrescherwerk Singwitz,

Neustadt: Fortschritt Erntemaschinen Neustadt GmbH;

in Sachsen-Anhalt Einschätzungen

zur Chemischen Industrie, zum metallverarbeitenden Gewerbe und zum Maschinenbau

Chemiedreieck: Leuna Werke AG, Addinol Mineralöl GmbH,

Mansfelder Land: Mansfeld AG, Lutherstadt Eisleben,

Magdeburg: SKET Schwermaschinenbau AG,

Halle: Waggonbau Ammendorf sowie Maschinenbau,

Dessau: Waggonbau Dessau,

Schönebeck: Landtechnik Schlüter GmbH,

Staßfurt: Chemieanlagenbau Staßfurt GmbH;

in Thüringen Einschätzungen

zur Autoindustrie, zum Maschinenbau und zur optischen Industrie in

Eisenach: Opel-Automobilwerk-Eisenach, Landmaschinen Petkus Wutha GmbH,

Jena: Jenoptik GmbH und Carl Zeiss Jena GmbH,

Weimar: Landmaschinen Weimar Werk GmbH.

Die Beschäftigten, die inzwischen nicht mehr Beschäftigten und die immer noch eine dauerhafte Beschäftigung Suchenden aus diesen Regionen stellen die Frage:

Welche Anstrengungen hat die Bundesregierung mit ihrer Wirtschaftspolitik unternommen, um Arbeitsplätze zu sichern?

Vorbemerkung zu vorstehender Frage

Hinzuweisen ist insbesondere auf die Anstrengungen der Bundesregierung zur Förderung der Wirtschaft in

den neuen Bundesländern. Das Bundeskabinett hat mit der Verabschiedung des mittelfristigen Förderkonzepts am 21. Mai 1997 sichergestellt, daß die Unterstützung der ostdeutschen Wirtschaft auch nach 1998 auf hohem Niveau fortgeführt wird. Dieses Konzept ist mit unwesentlichen Modifikationen am 26. Juni 1997 vom Deutschen Bundestag beschlossen worden. Die von der Bundesregierung am 22. Mai 1997 vorgestellte gemeinsame Initiative für mehr Arbeitsplätze in Ostdeutschland fordert gemeinsame Anstrengungen von Bund, Ländern und Sozialpartnern. Im einzelnen geht es um die folgenden Maßnahmen:

- Steuerliche Investitionsförderung: Der Deutsche Bundestag hat zur steuerlichen Investitionsförderung die Gewährung einer Investitionszulage für Ausrüstungsinvestitionen von 10 % als Basisförderung für alle Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes, der produktionsnahen Dienstleistungen, des Handwerks und des kleinflächigen innerstädtischen Handels sowie einer erhöhten Investitionszulage von 20 % für kleine und mittlere Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes und der produktionsnahen Dienstleistungen beschlossen. Der Neubau von eigengenutzten Betriebsgebäuden im verarbeitenden Gewerbe und im Bereich der produktionsnahen Dienstleistungen soll ebenfalls mit einer Investitionszulage von 10 % für sechs Jahre bis zum Jahr 2004 gefördert werden. Die Förderung für das Handwerk, den innerstädtischen Handel sowie den Mietwohnungsbau in den Innenstädten, der ab 1999 mit 10 % gefördert wird, läuft bis Ende 2001 aus.
- Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA): Neben den Investitionszulagen bleiben die Investitionszuschüsse der GA das wichtigste Instrument der Investitionsförderung in den ostdeutschen Bundesländern einschließlich Berlin. Die GA ist darauf ausgerichtet, die noch unzureichende Wettbewerbsfähigkeit insbesondere der mittelständischen Industrie und des produktionsnahen Dienstleistungsgewerbes zu stärken.
- Förderung von Eigenkapital: Durch den Ende 1995 eingerichteten „Beteiligungsfonds Ost“, der mit einem Jahresvolumen von 500 Mio. DM (1996 bis 1998) ausgestattet ist, wird ein wichtiger Beitrag zur Stärkung des Eigenkapitals durch Beteiligungen und nachrangige Darlehen geleistet. Bei einem Antragsvolumen von rd. 716 Mio. DM sind Zusagen in Höhe von 481 Mio. DM abgegeben worden (Stand: I. Quartal 1997). Der Beteiligungsfonds Ost wird auch nach 1998 über das vorgesehene Volumen von 1,5 Mrd. DM hinaus aus Mitteln der beiden Förderinstitute Deutsche Ausgleichsbank und Kreditanstalt für Wiederaufbau im Volumen von je 1 Mrd. DM fortgesetzt.
- Förderung von Forschung und Entwicklung (FuE): Zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit der ostdeutschen Unternehmen betreibt die Bundesregierung

- eine intensive Förderung der industrienahen Forschung. FuE-Vorhaben von kleinen und mittleren Unternehmen und externen Forschungseinrichtungen werden durch Maßnahmen des Bundesministeriums für Wirtschaft besonders unterstützt. Das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, Forschung und Technologie hat für die neuen Länder die Existenzgründungs- und Kooperationsprogramme FUTOUR und FUEGO aufgelegt.
- Exportförderung: Der Export ist weiter ein entscheidender Schwachpunkt der mittelständischen Unternehmen in allen ostdeutschen Ländern. Die meisten jungen, international unerfahrenen Unternehmen haben weiter große Schwierigkeiten, auf überregionale Märkte vorzudringen. Um Markterfolge ostdeutscher Unternehmen zu sichern und eine stärkere überregionale Präsenz sowie die Einbringung in die nationale und internationale Arbeitsteilung zu ermöglichen, wird der Export auch künftig insbesondere durch die Förderung der Teilnahme an In- und Auslandsmessen, Vermarktungshilfen im Ausland und Hermes-Ausfuhrgewährleistungen unterstützt.
 - Konsolidierungshilfen: Für die künftige Betreuung von Krisenunternehmen, die nicht mehr unter das Vertragsmanagement fallen, wird die BvS den ostdeutschen Ländern ihr Know-how im Bereich der Sanierung und Privatisierung anbieten. Den für Unternehmen in der Sanierungsphase eingerichteten Konsolidierungsfonds hat die Bundesregierung im Januar 1997 um 250 Mio. DM aufgestockt. Damit sind insgesamt 1 Mrd. DM aus Bund und ostdeutschen Ländern in die Stabilisierung von ostdeutschen Unternehmen geflossen. Eine weitere Aufstockung um 250 Mio. DM aus Mitteln der Kreditanstalt für Wiederaufbau ist beabsichtigt.
 - Investorenwerbung: Die Akquisition von ausländischen Investitionen für die neuen Bundesländer wird von der durch Bund und ostdeutsche Länder gegründeten IIC The New German Länder Industrial Investment Council GmbH wahrgenommen. Die Gesellschaft soll durch direkte Ansprache großer Unternehmen im Ausland als potentielle Investoren zur Verbreiterung der industriellen Basis beitragen. Sie ist mit einem Geschäftskapital von 50 Mio. DM für die drei Geschäftsjahre bis Ende 1999 ausgestattet.
 - Arbeitsförderung: Seit 1991 werden bei den Unternehmen der Treuhandanstalt Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zur Flankierung des Prozesses der Umstrukturierung, Privatisierung und Sanierung der ostdeutschen Wirtschaft durchgeführt. Seit 1993 werden hierfür die Finanzierungsmöglichkeiten des neu in das Arbeitsförderungsgesetz eingefügten § 249 h (Lohnkostenzuschuß der Bundesanstalt für Arbeit) genutzt. Von 1993 bis 1996 wurden in fast 400 Projekten 85 000 Mannjahre mit einem Kostenaufwand von 5,9 Mrd. DM zu 50 % von der THA so-
- wie von der Bundesanstalt für Arbeit und den Ländern finanziert. Auch im Jahr 1997 werden von den Treuhand-Nachfolgeorganisationen derartige Maßnahmen weiter durchgeführt.
- Gemeinsame Initiative für mehr Arbeitsplätze: Die Bundesregierung hat sich am 22. Mai 1997 gemeinsam mit Wirtschaft und Gewerkschaften auf eine gemeinsame Initiative für mehr Arbeitsplätze in Ostdeutschland verständigt. Ziel der Initiative, die von der Bundesregierung, dem Deutschen Gewerkschaftsbund, der Deutschen Angestelltengewerkschaft, der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, dem Bundesverband der Deutschen Industrie, dem Deutschen Industrie- und Handelstag, dem Zentralverband des Deutschen Handwerks und dem Kreditgewerbe getragen wird, ist es, dem Aufbau Ost zusätzliche Schubkraft zu geben und insbesondere die Beschäftigungslage in den neuen Ländern zu verbessern. Dazu sind folgende Leitlinien erarbeitet worden:
 - Die Tarifpolitik muß ihren Beitrag zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit erbringen, indem sich die Lohnentwicklung an der Leistungskraft der Unternehmen orientiert, also beschäftigungsgefährdende Kostenimpulse vermeidet.
 - Die Wirtschaft muß dazu beitragen, daß sich die Chancen der Unternehmen auf nationalen und internationalen Märkten verbessern. Hierfür sollen insbesondere von den größeren Unternehmen in Industrie und Handel zusätzliche Initiativen zugunsten der ostdeutschen Wirtschaft ergriffen werden.
 - Der Staat bleibt beim Aufbauprozeß in Ostdeutschland in der Pflicht. Dazu gehören wachstums- und beschäftigungsfördernde Rahmenbedingungen ebenso wie gezielte Fördermaßnahmen für ostdeutsche Unternehmen – insbesondere in der Industrie – auf ihrem Weg in die Wettbewerbsfähigkeit. Daneben besteht auch bei der Infrastruktur – trotz beachtlicher Fortschritte – Nachholbedarf.
- Ziel der gemeinsamen Bemühungen ist es, die Wachstumsdynamik der ostdeutschen Wirtschaft weiter zu stärken, die Beschäftigung in den neuen Ländern im Jahr 1997 mindestens auf dem Niveau von 1996 (rd. 6,4 Mio.) zu stabilisieren und in den darauffolgenden Jahren an die positive Beschäftigungsentwicklung der Jahre 1994 und 1995 anzuknüpfen, d. h. einen jahresdurchschnittlichen Zuwachs von rd. 100 000 Beschäftigten zu erreichen.
- A. Mecklenburg-Vorpommern
Schiffbauindustrie und Umfeld der Werften
Einschätzung der Bundesregierung 1994 (Drucksache 12/7745) zur Volkswerft Stralsund, MTW Schiffswerft, Kvaerner-Warnow-Werft und zu den Regionen Stralsund, Wismar und Rostock:
„Bei der Kvaerner-Warnow-Werft, der MTW Schiffswerft und der Volkswerft Stralsund waren nach Angaben der Unternehmen am 1. Januar 1994 zusammen

7 494 Mitarbeiter beschäftigt. Die Unternehmen haben bis zum 31. Dezember 1995 bzw. 31. Dezember 1997 davon zusammen 6 635 Arbeitsplätze (einschließlich Ausbildungsplätze) garantiert. Darüber hinaus ist davon auszugehen, daß jeder Schiffsbauarbeitsplatz zusätzlich sowohl in den maritimen Unternehmen im Umfeld der Werften als auch in den Bereichen Handel und Dienstleistungen weitere Arbeitsplätze in beträchtlicher Größenordnung schafft bzw. erhält.“

„Am 1. Januar 1993 waren bei der Kvaerner-Warnow-Werft, der MTW Schiffswerft und der Volkswerft Stralsund zusammen 8 274 Mitarbeiter beschäftigt.“

1. Wie viele Beschäftigte
 - a) gab es in den Werften am 31. Dezember 1994 und 31. Dezember 1995,
 - b) gibt es gegenwärtig in den Werften?

Die Entwicklung der Beschäftigtenzahlen bei der Kvaerner-Warnow-Werft (KWW), der MTW Schiffswerft und der Volkswerft Stralsund (VWS) im Zeitraum von 1994 bis 1996 stellt sich nach Angaben der Unternehmen wie folgt dar (Gesamtzahl einschließlich Ausbildungsplätze):

31. 12. 1994	7 319
31. 12. 1995	6 797
31. 12. 1996	5 606

2. Worin sieht die Bundesregierung, soweit Abweichungen gegenüber ihrer Einschätzung von 1994 bestehen, die Ursachen für die eingetretene Entwicklung zur Anzahl der Arbeitsplätze
 - a) bei den Werften im einzelnen,

KWW, MTW und VWS hatten bis 1995 bzw. 1997 zusammen 6 635 Arbeitsplätze (einschließlich Ausbildungsplätze) garantiert. Die Zahl der auf die Arbeitsplatzzusagen anzurechnenden Arbeitsplätze lag am 31. Dezember 1995 über diesem Wert. Die Verpflichtungen von MTW und KWW liefen am 31. Dezember 1995 aus. Die auf den Arbeitsplatzzusagen beruhende Einschätzung der Bundesregierung wurde somit bis zu diesem Zeitpunkt leicht übertroffen.

Wie bereits 1994 ist im übrigen darauf zu verweisen, daß die Entwicklung von Faktoren wie Weltmarktkonkurrenz, neue Technologien und Nachfrage nach Neubau-Tonnagen mitbestimmt wird.

- b) im maritimen Umfeld,

In den aus privatisierten THA-Unternehmen hervorgegangenen Unternehmen im maritimen Umfeld und kleineren Werften stellt sich die Beschäftigungsentwicklung wie folgt dar:

Für 12 Unternehmen wurden Arbeitsplatzverpflichtungen für insgesamt 6 236 Beschäftigte abgegeben. Am 31. Dezember 1994 bestanden insgesamt 6 986 Arbeitsplätze, am 31. Dezember 1995 insgesamt 6 590

Arbeitsplätze. Für ein Unternehmen wurde die Beschäftigungsverpflichtung aufgrund weggefallener Geschäftsfelder aus dem Privatisierungskonzept im Rahmen einer Nachverhandlung von 320 auf 160 reduziert. Zwei Unternehmen sind in Gesamtvollstreckung gegangen. In einem Unternehmen wurden in einer Aufgangsgesellschaft 64 von 140 Arbeitsplätzen erhalten. Der Unternehmensfortbestand ist jedoch erneut gefährdet. Die übrigen Unternehmen haben ihre Arbeitsplatzverpflichtungen erfüllt bzw. übererfüllt.

- c) in den Bereichen Handel und Dienstleistungen?

Die statistischen Angaben erlauben nur Aussagen zur Entwicklung der Erwerbstätigen in den Bereichen Handel/Verkehr/Nachrichtenübermittlung, d. h. nicht Handel gesondert, und Dienstleistungsunternehmen. Sie sind nur für das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern verfügbar, nicht in der gewünschten Disaggregation bis auf einzelne Regionen. In Mecklenburg-Vorpommern erhöhte sich die Erwerbstätigenzahl in Dienstleistungsunternehmen im Zeitraum 1994 bis 1996 um 26 800 auf 167 000 Erwerbstätige, im Bereich Handel/Verkehr/Nachrichtenübermittlung verringerte sich die Zahl der Erwerbstätigen in diesem Zeitraum um 3 400 auf 133 000 Erwerbstätige. In dieser Entwicklung spiegelt sich die erhebliche Produktivitätssteigerung im Zuge der marktwirtschaftlichen Umgestaltung.

3. Was hat die Bundesregierung unternommen, um dem Arbeitsplatzverlust in den Werften gegenzusteuern?

Die BvS und das Land Mecklenburg-Vorpommern haben durch die Übernahme der Werften MTW und VWS verhindert, daß die Werften mit dem Konkurs des Bremer Vulkan Verbundes ebenfalls in Gesamtvollstreckung gehen. Die Bundesregierung stellt darüber hinaus über die BvS gemeinsam mit dem Land Mecklenburg-Vorpommern die Fertigstellung der begonnenen Investitionen sicher.

Im übrigen erhalten die Werften in Mecklenburg-Vorpommern wie die anderen deutschen Werften Schiffbaubehilfen aus dem Werfthilfeprogramm und dem Wettbewerbshilfeprogramm (Bundesanteil $\frac{1}{3}$). Die Förderung erfolgt im Hinblick auf bestehende Wettbewerbsverzerrungen durch höhere Subventionen anderer Staaten. Mit den Maßnahmen wird die Auftragsakquisition deutscher Werften für technisch höherwertige Seeschiffneubauten gefördert. Durch die Abarbeitung dieser Aufträge werden Arbeitsplätze gesichert.

4. In welchem Umfang liegen Arbeitsplatzzusagen für die weitere Entwicklung der Werften 1997, 1998, 1999 und im Jahr 2000 vor?

5. Für welche Unternehmen liegen Arbeitsplatzzusagen für welche Jahre vor?
6. In welchem Umfang sind die Arbeitsplatzzusagen bei Nichteinhaltung mit Vertragsstrafen belegt?
7. Welche Unternehmen betrifft das?

Die Arbeitsplatzzusagen für KWW und MTW sind im Rahmen der Privatisierung 1995 ausgelaufen, die für die VWS entfielen mit der Übernahme der Geschäftsanteile durch BvS und Land.

8. Wie hoch waren die Produktion und die Auslastung der Schiffbaukapazitäten 1994 und 1995 vor dem Hintergrund der Einschätzung der Bundesregierung von 1994: „Die zukünftige Schiffbaukapazität der drei Werften, die ab Ende 1995 eingehalten werden muß, wurde in Umsetzung der EG-Richtlinie 92/68 vom 20. Juli 1992 auf zusammen 270 000 cgt festgelegt. Die Produktion der drei großen Seeschiffswerften in Mecklenburg-Vorpommern lag 1992 bei insgesamt 187 818 cgt (monatliche Durchschnittsproduktion: 15 652 cgt) und 1993 bei 233 004 cgt (monatliche Durchschnittsproduktion: 19 417 cgt). Mit dem gegenwärtigen Auftragsbestand ist bei den Werften bereits eine Auslastung der Kapazitäten von 92,4 % für 1994 und 65,6 % für 1995 gesichert.“ (Drucksache 12/7745)?

Wie hoch sind sie gegenwärtig?

Für die Werften gilt weiterhin die genannte Kapazitätsbeschränkung aufgrund EG-Beihilferecht. Die Kapazität der drei Werften von zusammen 270 000 CGT (Compensated Gross Tonnage)/Jahr war durch die Produktion 1995 und 1996 im Schnitt zu über 90 % ausgelastet.

9. Wie hat sich die Einschätzung der Bundesregierung von 1994 insgesamt erfüllt: „In Mecklenburg-Vorpommern werden 1994 schätzungsweise ca. 4 000 Beschäftigte im Zulieferbereich durch die Werften gebunden werden können. Je nach Wettbewerbssituation dieser Zulieferfirmen zu vergleichbaren Firmen außerhalb der Region ist eine Ausweitung des Zuliefervolumens mit einer tendenziellen Vermehrung der Beschäftigten in diesem Bereich möglich; gegenwärtig liegt der Anteil der Zulieferungen aus der Region Mecklenburg-Vorpommern bei etwa 50 %.“ (Drucksache 12/7745)?

Wie viele Beschäftigte werden im Zulieferbereich gegenwärtig durch die Werften gebunden?

Nach Schätzung des Verbandes deutscher Maschinen- und Anlagenbau betrug 1995 wie 1994 die Zahl der Beschäftigten in der Schiffbauzulieferindustrie in Mecklenburg-Vorpommern 3 600. Im übrigen wird auf die Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Ulrich Adam, Dietrich Austermann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Hildebrecht Braun (Augsburg), Paul K. Friedhoff, Horst Friedrich, weiterer Abgeordneter und der Frakti-

on der F.D.P. betr. Maritime Wirtschaft (Drucksache 13/4085) vom 25. September 1996 verwiesen.

Das Land Mecklenburg-Vorpommern gibt die Zahl der Beschäftigten in Unternehmen mit strukturbedeutsamen Zulieferungen mit 1 250 an, die Zahl der Mitarbeiter in kleinen und mittleren Unternehmen mit überwiegend maritimen Leistungen (Zulieferungen für den Schiffbau) mit 2 000 (Jahreswirtschaftsbericht 1996 Mecklenburg-Vorpommern, S. 38). In der amtlichen Statistik werden keine gesonderten Daten für die Schiffbau-Zulieferindustrie ausgewiesen. Die Bundesregierung verfügt deshalb z. Z. über keine darüber hinausgehenden eigenen Erkenntnisse zur weiteren Entwicklung.

10. Wie hoch ist der Anteil der Zulieferungen aus der Region Mecklenburg-Vorpommern, und falls Abweichungen gegenüber den Erwartungen von 1994 eingetreten sind, worin sieht die Bundesregierung die Ursachen?

Im Jahre 1995 haben die Werften in Mecklenburg-Vorpommern im Durchschnitt fast die Hälfte ihrer Zulieferungen aus den neuen Bundesländern bezogen. Im übrigen wird auf die Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Ulrich Adam, Dietrich Austermann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Hildebrecht Braun (Augsburg), Paul K. Friedhoff, Horst Friedrich, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P. betr. Maritime Wirtschaft (Drucksache 13/4085) vom 25. September 1996 verwiesen.

11. Was hat die Bundesregierung unternommen, um einem Arbeitsplatzabbau im Zulieferbereich der Werften gegenzusteuern?

Auch die maritimen Zulieferer partizipieren direkt an den für den Bau von zivilen Seeschiffen gewährten Fördermitteln, wie sie in der Antwort zu Frage 3 dargestellt wurden.

Industrielle Kerne in der Region Stralsund

12. Wie viele Erwerbstätige

- a) gab es in der Region Stralsund am 31. Dezember 1993, 31. Dezember 1994 und 31. Dezember 1995,
- b) gibt es gegenwärtig in der Region Stralsund,

In der Region Stralsund, also der Hansestadt Stralsund, dem Kreis Rügen und dem Kreis Nordvorpommern, gab es nach den derzeit verfügbaren Angaben des Statistischen Landesamtes 97 900 Erwerbstätige im Jahresdurchschnitt 1993 und 99 600 Erwerbstätige in 1994.

- c) sind 1996 in der Region Stralsund im Zulieferbereich der Werften tätig?

Auf die Antwort zu Frage 9 wird verwiesen.

13. Welche zum Schiffbau alternativen Arbeitsplätze sind in welchem Umfang in der Region Stralsund entstanden?

Eine regionale Aufschlüsselung alternativer entstandener Arbeitsplätze ist nicht verfügbar. In den neuen Bundesländern einschließlich Berlin-Ost hat es zwischen 1991 und 1996 nach Berechnungen (1996 geschätzt) des Instituts für Mittelstandsforschung in Bonn ca. 529 000 Markteintritte gegeben. Ein beträchtlicher Teil davon wurde durch die Existenzgründungsförderung des Bundes in Zusammenarbeit mit der Deutschen Ausgleichsbank (ERP-Existenzgründungsförderung, Eigenkapitalhilfe) überhaupt erst ermöglicht oder erleichtert. Da die Existenzgründungsförderung gerade auch anspruchsvollere und bestandsfeste Gründungen ermöglicht, ist ihr Arbeitsplatzeffekt – obschon schwer zu quantifizieren – beträchtlich. Die etwa 510 000 bestehenden mittelständischen Unternehmen und freiberuflichen Existenzen in den neuen Ländern beschäftigen etwa 3,4 Millionen Menschen.

14. In welchem Umfang liegen Arbeitsplatzzusagen für die weitere Entwicklung in der Region Stralsund 1997, 1998, 1999 und im Jahr 2000 vor?

Der BvS liegen folgende Arbeitsplatzzusagen aus den Verträgen mit in dieser Region ansässigen Erwerbem vor:

1997:	523
1998:	195
1999:	198
2000:	82

Grundsätzlich ist zu berücksichtigen, daß Arbeitsplatzzusagen in der Regel lediglich für einen Zeitraum unter fünf Jahren vertraglich vereinbart werden konnten. Daraus ergibt sich, daß ein erheblicher Teil der von der Treuhandanstalt in den Privatisierungsverträgen der Jahre 1991 bis 1994 erreichten Arbeitsplatzzusagen heute bereits ausgelaufen ist. Die hier ausgewiesenen Arbeitsplatzzusagen spielen deshalb – von Ausnahmen abgesehen – in Bezug auf die Gesamtzahl der in der jeweiligen Region Beschäftigten nur noch eine untergeordnete Rolle.

Die in den Antworten auf die Fragen nach regionalen Arbeitsplatzzusagen genannten Zahlen können aus systematischen Gründen nicht unmittelbar miteinander verglichen werden. So müssen für mehrere Jahre ver-

einbarte Arbeitsplatzzusagen bei einer Betrachtung nach „Jahresscheiben“ mehrfach dargestellt werden; bei den Angaben zu Pönalisierung wird jeder Vertrag nur einmal berücksichtigt.

15. Für welche Unternehmen liegen Arbeitsplatzzusagen für welche Jahre vor?

In der Region Stralsund liegen der BvS für 7 im Rahmen von Anteilsverkäufen privatisierte Unternehmen Arbeitsplatzzusagen vor; diese sind vollständig pönalisiert und enden in 6 Fällen im Jahr 1997 und in einem Fall im Jahr 1998.

16. In welchem Umfang sind die Arbeitsplatzzusagen bei Nichteinhaltung mit Vertragsstrafen belegt?

564 der der BvS für den Zeitraum 1997 bis 2000 vorliegenden 641 Arbeitsplatzzusagen aus allen Verträgen mit in dieser Region ansässigen Erwerbem sind mit Vertragsstrafen belegt.

17. Welche Unternehmen betrifft das?

Auf die Vorbemerkung wird verwiesen.

Industrielle Kerne in der Region Rostock

18. Wie viele Erwerbstätige

- a) gab es in der Region Rostock am 31. Dezember 1993, 31. Dezember 1994 und 31. Dezember 1995,
b) gibt es gegenwärtig in der Region Rostock,

In der Region Rostock, also der Hansestadt Rostock und dem Kreis Bad Doberan, gab es nach den derzeit verfügbaren Angaben des Statistischen Landesamtes 151 400 Erwerbstätige im Jahresdurchschnitt 1993 und ebenfalls 151 400 Erwerbstätige in 1994.

- c) sind 1996 in der Region Rostock im Zulieferbereich der Werften tätig?

Auf die Antwort zu Frage 9 wird verwiesen.

19. Welche zum Schiffbau alternativen Arbeitsplätze sind in welchem Umfang in der Region Rostock entstanden?

Auf die Antwort zu Frage 13 wird verwiesen.

20. In welchem Umfang liegen Arbeitsplatzzusagen für die weitere Entwicklung in der Region Rostock 1997, 1998, 1999 und im Jahr 2000 vor?

Der BvS liegen folgende Arbeitsplatzzusagen aus den Verträgen mit in dieser Region ansässigen Erwerbern vor:

1997:	1 986
1998:	1 324
1999:	1 011
2000:	117

Zur Darstellung der Arbeitsplatzzusagen wird auf die Antwort zu Frage 14 verwiesen.

21. Für welche Unternehmen liegen Arbeitsplatzzusagen für welche Jahre vor?

In der Region Rostock liegen der BvS für 7 im Rahmen von Anteilsverkäufen privatisierte Unternehmen Arbeitsplatzzusagen vor; diese sind für 6 Unternehmen pönalisiert und enden bei 5 Unternehmen im Jahre 1997, sowie in je einem Fall in den Jahren 1998 und 1999.

22. In welchem Umfang sind die Arbeitsplatzzusagen bei Nichteinhaltung mit Vertragsstrafen belegt?

2 052 der der BvS für den Zeitraum von 1997 bis 2000 vorliegenden 2 117 Arbeitsplatzzusagen aus allen Verträgen mit in dieser Region ansässigen Erwerbern sind mit Vertragsstrafen belegt.

23. Welche Unternehmen betrifft das?

Auf die Vorbemerkung wird verwiesen.

Industrielle Kerne in der Region Wismar

24. Wie viele Erwerbstätige

- gab es in der Region Wismar am 31. Dezember 1993, 31. Dezember 1994 und 31. Dezember 1995,
- gibt es gegenwärtig in der Region Wismar,

In der Region Wismar, also der Hansestadt Wismar und dem Kreis Nordwestmecklenburg, gab es nach den derzeit verfügbaren Angaben des Statistischen Landesamtes 54 700 Erwerbstätige im Jahresdurchschnitt 1993 und 56 500 Erwerbstätige in 1994.

- sind 1996 in der Region Wismar im Zulieferbereich der Werften tätig?

Auf die Antwort zu Frage 9 wird verwiesen.

25. Welche zum Schiffbau alternativen Arbeitsplätze sind in welchem Umfang in der Region Wismar entstanden?

Auf die Antwort zu Frage 13 wird verwiesen.

26. In welchem Umfang liegen Arbeitsplatzzusagen für die weitere Entwicklung in der Region Wismar 1997, 1998, 1999 und im Jahr 2000 vor?

Der BvS liegen folgende Arbeitsplatzzusagen aus den Verträgen mit in dieser Region ansässigen Erwerbern vor:

1997:	350
1998:	331
1999:	329
2000:	0

Zur Darstellung der Arbeitsplatzzusagen wird auf die Antwort zu Frage 14 verwiesen.

27. Für welche Unternehmen liegen Arbeitsplatzzusagen für welche Jahre vor?

In der Region Wismar liegen der BvS für ein im Rahmen eines Anteilsverkaufs privatisiertes Unternehmen Arbeitsplatzzusagen für die Jahre 1997 bis 1999 vor.

28. In welchem Umfang sind die Arbeitsplatzzusagen bei Nichteinhaltung mit Vertragsstrafen belegt?

362 der der BvS für den Zeitraum 1997 bis 2000 vorliegenden 362 Arbeitsplatzzusagen aus allen Verträgen mit in dieser Region ansässigen Erwerbern sind mit Vertragsstrafen belegt.

29. Welche Unternehmen betrifft das?

Auf die Vorbemerkung wird verwiesen.

B. Brandenburg

Antwort der Bundesregierung 1994 (Drucksache 12/7745) zur Braunkohle:

„Zur Zeit sind im aktiven Braunkohlebereich 35 600 Mitarbeiter tätig (Stand 1. April 1994). Hinzu kommen rund 16 200 Beschäftigte in der Altlastensanierung.“

30. Wie hat sich die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der aktiven Braunkohle und der Altlastensanierung in den einzelnen Ländern und in den einzelnen Jahren jeweils entwickelt, und worin sieht die Bundesregierung die Ursachen für die eingetretene Entwicklung?

Die Zahl der Mitarbeiter im aktiven Braunkohlenbergbau hat sich wie folgt entwickelt:

	12/1994	12/1995	12/1996
Sachsen	7 481	5 524	5 162
Sachsen-Anhalt	4 282	3 931	2 948
Brandenburg	18 485	16 235	10 581
Thüringen	227	233	205
Gesamt	30 475	25 923	18 896

Ursache des Arbeitsplatzabbaues ist die Anpassung der Produktion an den rückläufigen Braunkohlebedarf in den neuen Ländern. Insbesondere bei der Wärmezeugung in Industrie und Haushalten sind feste Brennstoffe vermehrt durch Öl und Gas abgelöst worden. Des weiteren trug der konjunkturbedingte Produktionsrückgang energieintensiver Industriezweige sowie eine allgemein höhere Sparsamkeit beim Energieverbrauch zu diesem Bedarfsrückgang bei.

Die Beschäftigungslage bei der Altlastensanierung im Bereich Braunkohle stellt sich – gemessen an den nach § 249h AFG geförderten Arbeitsplätzen – folgendermaßen dar:

	12/1994	12/1995	12/1996
Sachsen	6 681	6 690	4 509
Sachsen-Anhalt	3 627	3 521	2 006
Brandenburg	6 407	5 865	3 918
Thüringen	196	61	91
Gesamt	16 911	16 137	10 524

Die rückläufige Entwicklung bei gleichem Finanzvolumen ergibt sich aus der Zunahme sachkostenintensiver und dem Rückgang arbeitskräfteintensiver Maßnahmen.

31. Welche zur Braunkohle alternativen Arbeitsplätze sind in welchem Umfang in den einzelnen Ländern jeweils entstanden?
32. Was hat die Bundesregierung unternommen, um dem Arbeitsplatzverlust insgesamt gegenzusteuern?

Die Bundesregierung hat mit der Privatisierung von MIBRAG, LAUBAG und ROMONTA die Voraussetzungen für den Erhalt eines wettbewerbsfähigen Braunkohlenbergbaus in Mitteldeutschland und der Lausitz geschaffen.

Die Initialwirkung der Braunkohlesanierung förderte die Gründung einer Vielzahl von kleinen und mittleren Betrieben in den Braunkohlegebieten Brandenburgs, Sachsens, Sachsen-Anhalts und Thüringens. Aufträge der Braunkohlesanierung erleichterten vielen dieser Betriebe oftmals die anfangs kritische Startphase.

Im Zeitraum 1994 bis 1996 sind durch Unternehmensausgründungen insgesamt ca. 3 000 Arbeitsplätze außerhalb der Braunkohle entstanden. Davon entfallen ca. 2 500 auf das Lausitzer Revier und ca. 500 auf das

Mitteldeutsche Revier. Eine Untergliederung nach Ländern liegt hier nicht vor. Im übrigen wird auf die Antwort zu Frage 13 verwiesen.

Industrielle Kerne in der Region Brandenburg

Einschätzung der Bundesregierung 1994 (Drucksache 12/7745) zur Stahlindustrie in Brandenburg:
„Mit der Privatisierung der Hennigsdorfer und der Brandenburger Elektrostahlwerke wurden für den Zeitraum bis Ende 1993 insgesamt mindestens 1 500 Arbeitsplätze garantiert. Langfristig sind insgesamt 1 800 Dauerarbeitsplätze vorgesehen.“

33. Welche Angaben zu den Arbeitsplätzen liegen jetzt vor, und worin sieht die Bundesregierung die Ursachen für die eingetretene Entwicklung?

Die beiden an den italienischen Stahlkonzern RIVA veräußerten Unternehmen Hennigsdorfer Elektrostahlwerke (H.E.S) und Brandenburger Elektrostahlwerke (B.E.S.) beschäftigten zum 31. Dezember 1996 etwa 1 500 Mitarbeiter. Die pönalisierte Zusage auf Einhaltung von Arbeitsplätzen ist bereits Ende 1993 ausgefallen. Nach der aktualisierten Planung soll aufgrund der Personalkostenentwicklung die Zahl der Arbeitsplätze auf diesem Niveau stabilisiert werden.

34. Wie viele Erwerbstätige

- a) gab es in der Region Brandenburg am 31. Dezember 1993, 31. Dezember 1994 und 31. Dezember 1995,
- b) gibt es gegenwärtig in der Region Brandenburg?

In der Region Brandenburg, also der Stadt Brandenburg, dem Kreis Potsdam-Mittelmark und dem Kreis Havelland, gab es nach den derzeit verfügbaren Angaben des Statistischen Landesamtes folgende Anzahl von Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt:

1993:	152 700
1994:	156 700
1995:	161 600

35. Wie haben sich Unternehmen, die mit der Stahlindustrie zusammenhängen, sowie die Dienstleistungsunternehmen entwickelt?

Die Stahlindustrie ist in besonderem Maße von der vor- und nachgelagerten gewerblichen Wirtschaft sowie von Dienstleistungsunternehmen abhängig. Zu den der Stahlindustrie verbundenen Unternehmen gehören zahlreiche Zulieferer der unterschiedlichsten Zusatzstoffe und -produkte sowie Betriebe des Anlagen- und Maschinenbaus, der Energiewirtschaft und der Schamottindustrie. Neben den Warenauslieferungen an Drittnehmer bzw. Großkunden und an Stahlhändler ist auch der Absatz von Neben- und Verbundprodukten (u. a. Schrotte, Schlacke, Abwärme) von Bedeutung.

Die mit der Stahlindustrie zusammenhängenden Unternehmen in den ostdeutschen Bundesländern befinden sich weiterhin in einer Phase der Umstrukturierung. Während die früheren Industriekombinate in ihrer betrieblichen Verflechtung sehr tief gestaffelt waren, ist die marktwirtschaftlich orientierte Unternehmensstruktur auf die Konzentrierung auf Kernaktivitäten ausgerichtet. Dies führt zum betrieblichen Verschlankeungsprozeß durch die Ausgliederung von Nebenproduktionsstufen sowie Dienstleistungsbetrieben.

Zur Entwicklung der Unternehmen in der Dienstleistungsbranche weist die amtliche Statistik keine Daten in der gewünschten Disaggregation bis in die Regionen aus. In den neuen Bundesländern insgesamt führten Privatisierung und Existenzgründungen zu einem mittelständischen Unternehmensbestand in Handel und Dienstleistungswirtschaft von rd. 260 000. Die Anzahl der Unternehmen der Freien Berufe beläuft sich auf 78 000.

36. Welche zur Stahlindustrie alternativen Arbeitsplätze sind in welchem Umfang entstanden?

Auf die Antwort zu Frage 13 wird verwiesen.

37. Was hat die Bundesregierung unternommen, um einem Arbeitsplatzverlust insgesamt gegenzusteuern?

Auf die Vorbemerkung wird verwiesen.

38. In welchem Umfang liegen Arbeitsplatzzusagen für die weitere Entwicklung in der Region Brandenburg 1997, 1998, 1999 und im Jahr 2000 vor?

Der BvS liegen folgende Arbeitsplatzzusagen aus den Verträgen mit in dieser Region ansässigen Erwerber vor:

1997:	350
1998:	331
1999:	329
2000:	0

Zur Darstellung der Arbeitsplatzzusagen wird auf die Antwort zu Frage 14 verwiesen.

39. Für welche Unternehmen liegen Arbeitsplatzzusagen für welche Jahre vor?

In der Region Brandenburg liegen der BvS für 11 im Rahmen von Anteilsverkäufen privatisierte Unternehmen Arbeitsplatzzusagen vor; diese sind vollständig pönalisiert und enden überwiegend im Jahre 1997, in je 2 Fällen in den Jahren 1998/1999.

40. In welchem Umfang sind die Arbeitsplatzzusagen bei Nichteinhaltung mit Vertragsstrafen belegt?

2 662 der der BvS für den Zeitraum 1997 bis 2000 vorliegenden 2 812 Arbeitsplatzzusagen aus allen Verträgen mit in dieser Region ansässigen Erwerbern sind mit Vertragsstrafen belegt.

41. Welche Unternehmen betrifft das?

Auf die Vorbemerkung wird verwiesen.

Industrielle Kerne in der Region Bad Liebenwerda

Antwort der Bundesregierung 1994 (Drucksache 12/7745) zum Landmaschinenbau in der Region Bad Liebenwerda:

„Unternehmen	Mitarbeiter
Impulsa AG Elsterwerda	250“

42. Wie hat sich die Anzahl der Arbeitsplätze in der Impulsa AG Elsterwerda in den einzelnen Jahren entwickelt, und worin sieht die Bundesregierung die Ursachen für die eingetretene Entwicklung?

Die Beschäftigtenzahl der 1994 an die Gascoigne Melotte Holding B. V. privatisierten Impulsa GmbH entwickelte sich wie folgt:

12/1993:	280
12/1994:	190
12/1995:	110
12/1996:	100

Aufgrund des Wegfalls der angestammten Märkte des Unternehmens und der Sättigung des westdeutschen und europäischen Marktes wurden Umsätze erzielt, die die dargestellte Anpassung des Personalbestandes erforderlich machten.

43. In welchem Umfang liegen Arbeitsplatzzusagen für die weitere Entwicklung in der Impulsa AG Elsterwerda für 1997, 1998, 1999 und im Jahr 2000 vor?

44. In welchem Umfang sind die Arbeitsplatzzusagen bei Nichteinhaltung mit Vertragsstrafen belegt?

Die Arbeitsplatzzusagen sind am 31. März 1997 ausgelaufen.

45. Wie viele Erwerbstätige

- a) gab es in der Region Bad Liebenwerda am 31. Dezember 1993, 31. Dezember 1994 und 31. Dezember 1995,
- b) gibt es gegenwärtig in der Region Bad Liebenwerda?

In der Region Bad Liebenwerda, also dem Elbe-Elster-Kreis, gab es nach den derzeit verfügbaren Angaben des Statistischen Landesamtes folgende Anzahl von Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt:

1993:	52 100
1994:	51 500
1995:	52 400

46. Wie haben sich Unternehmen, die mit dem Landmaschinenbau zusammenhängen, sowie die Dienstleistungsunternehmen entwickelt?

Die Unternehmen im Bereich des Landmaschinenbaus mußten 1996 Umsatzeinbußen gegenüber 1995 hinnehmen. Zahlreiche Unternehmen befinden sich noch in der Umstrukturierung bzw. haben das Produktfeld vollkommen gewechselt. Zur Entwicklung der Unternehmen der Dienstleistungsbranche wird auf die Antwort zu Frage 35 verwiesen.

47. Welche zum Landmaschinenbau alternativen Arbeitsplätze sind in welchem Umfang entstanden?

Auf die Antwort zu Frage 13 wird verwiesen.

48. Was hat die Bundesregierung unternommen, um dem Arbeitsplatzverlust insgesamt gegenzusteuern?

Auf die Vorbemerkung wird verwiesen.

49. In welchem Umfang liegen Arbeitsplatzzusagen für die weitere Entwicklung in der Region Bad Liebenwerda für 1997, 1998, 1999 und im Jahr 2000 vor?

Der BvS liegen folgende Arbeitsplatzzusagen aus den Verträgen mit in dieser Region ansässigen Erwerbern vor:

1997:	389
1998:	174
1999:	54
2000:	14

Zur Darstellung der Arbeitsplatzzusagen wird auf die Antwort zu Frage 14 verwiesen.

50. Für welche Unternehmen liegen Arbeitsplatzzusagen für welche Jahre vor?

In der Region Bad Liebenwerda liegen der BvS für fünf im Rahmen von Anteilsverkäufen privatisierte Unter-

nehmen Arbeitsplatzzusagen vor; diese sind vollständig pönalisiert und enden überwiegend im Jahre 1997, in zwei Fällen im Jahre 1998.

51. In welchem Umfang sind die Arbeitsplatzzusagen bei Nichteinhaltung mit Vertragsstrafen belegt?

399 der der BvS für den Zeitraum 1997 bis 2000 vorliegenden 399 Arbeitsplatzzusagen aus allen Verträgen mit in dieser Region ansässigen Erwerbern sind mit Vertragsstrafen belegt.

52. Welche Unternehmen betrifft das?

Auf die Vorbemerkung wird verwiesen.

Industrielle Kerne in der Region Eberswalde

53. Wie hat sich die Entwicklung industrieller Kerne in der Region Eberswalde seit 1994 vollzogen, und wie gestaltet sich die weitere Entwicklung der Anzahl der Arbeitsplätze?

Die Bundesregierung hat im Konzept zur Sicherung und Erneuerung industrieller Kerne durch die Treuhandanstalt in den neuen Bundesländern vom 21. Juni 1993 und in ihrer Antwort auf die Große Anfrage des Abgeordneten Dr. Fritz Schumann (Kroppenstedt) und der Gruppe der PDS/Linke Liste (Drucksache 12/7745) betr. Erneuerung industrieller Kerne vom 30. Mai 1994 keine industriellen Kerne in der Region Eberswalde genannt.

C. Berlin

Einschätzung der Bundesregierung 1994 (Drucksache 12/7745) zum Maschinenbau und zur Elektronik in Berlin:

„NILES hatte per 1. Januar 1993 insgesamt 489 Beschäftigte (ohne Tochterunternehmen und ohne Azubis).

ABB hatte nach Kenntnis der Bundesregierung zum Stichtag ca. 1 300 Arbeitsplätze bereitgestellt.“

„Arbeitsplatzentwicklung bei SAMSUNG 1996: 1 190“

54. Wie viele Erwerbstätige

- a) gab es in Berlin am 31. Dezember 1993, 31. Dezember 1994 und 31. Dezember 1995,
- b) gibt es gegenwärtig in Berlin?

In Berlin gab es nach den derzeit verfügbaren Angaben des Statistischen Landesamtes folgende Anzahl von Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt:

1993:	1 580 900
1994:	1 542 000
1995:	1 512 300

55. Welche Angaben zu den Arbeitsplätzen in den Berliner Unternehmen des Maschinenbaus und der Elektronik liegen jetzt vor, und worin sieht die Bundesregierung, soweit Abweichungen gegenüber ihrer Einschätzung von 1994 bestehen, die Ursachen für die eingetretene Entwicklung?

Die Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Gruppe der PDS/Linke Liste (Drucksache 12/7745) vom 30. Mai 1994 nimmt zu der NILES Werkzeugmaschinenbau GmbH, Berlin, der ABB-Bergmann-Borsig GmbH, Berlin, (heute: ABB Kraftwerke Berlin GmbH) und zur Samsung Elektronische Bauelemente GmbH (früher: Werk für Fernseh elektronik GmbH), Berlin, Stellung.

Zur Darstellung der Arbeitsplatzentwicklung von NILES wird auf die Antwort zu Frage 308, zur Arbeitsplatzentwicklung bei ABB und Samsung (WF) auf die Antworten zu Fragen 267 und 268 verwiesen.

56. In welchem Umfang liegen Arbeitsplatzzusagen für die weitere Entwicklung privatisierter Unternehmen in Berlin 1997, 1998, 1999 und im Jahr 2000 vor?

Der BvS liegen folgende Arbeitsplatzzusagen aus den Verträgen mit im Land Berlin ansässigen Erwerbern vor:

1997:	23 803
1998:	17 658
1999:	12 598
2000:	12 299

Zur Darstellung der Arbeitsplatzzusagen wird auf die Antwort zu Frage 14 verwiesen.

57. Für welche Unternehmen liegen Arbeitsplatzzusagen für welche Jahre vor?

In Land Berlin liegen der BvS für 34 im Rahmen von Anteilsverkäufen privatisierte Unternehmen Arbeitsplatzzusagen vor; diese sind lediglich in einem Fall nicht pönalisiert und enden überwiegend im Jahre 1997, in einigen Fällen in den Jahren 2000 bzw. 2001.

58. In welchem Umfang sind die Arbeitsplatzzusagen bei Nichteinhaltung mit Vertragsstrafen belegt?

24 147 der der BvS für den Zeitraum 1997 bis 2000 vorliegenden 29 244 Arbeitsplatzzusagen aus allen Verträgen mit im Land Berlin ansässigen Erwerbern sind mit Vertragsstrafen belegt.

59. Welche Unternehmen betrifft das?

Auf die Vorbemerkung wird verwiesen.

60. Wie hat sich die Entwicklung weiterer industrieller Kerne in Berlin seit 1994 vollzogen, und wie gestaltet sich die weitere Entwicklung der Anzahl der Arbeitsplätze?

Die Bundesregierung hat im Konzept zur Sicherung und Erneuerung industrieller Kerne durch die Treuhandanstalt in den neuen Bundesländern vom 21. Juni 1993 und in ihrer Antwort auf die Große Anfrage des Abgeordneten Dr. Fritz Schumann (Kroppenstedt) und der Gruppe der PDS/Linke Liste (Drucksache 12/7745) betr. Erneuerung industrieller Kerne vom 30. Mai 1994 keine weiteren industriellen Kerne in Berlin genannt.

61. Wie haben sich die Berliner Unternehmen, die mit dem Maschinenbau und der Elektronik zusammenhängen, sowie die Dienstleistungsunternehmen entwickelt?

Die Berliner Unternehmen im Bereich des Maschinenbaus und der Elektronik hatten in 1996 Absatzeinbußen zu verzeichnen, allerdings verfügten die in Berlin-West ansässigen Unternehmen über ein stabileres Ausgangsniveau. Zur Entwicklung der Unternehmen der Dienstleistungsbranche wird auf die Antwort zu Frage 35 verwiesen.

62. Welche alternativen Arbeitsplätze sind in welchem Umfang entstanden?

Auf die Antwort zu Frage 13 wird verwiesen.

63. Was hat die Bundesregierung unternommen, um dem Arbeitsplatzverlust insgesamt gegenzusteuern?

Auf die Vorbemerkung wird verwiesen.

64. Welche Angaben zu den Arbeitsplätzen in der Deutschen Waggonbau AG und zu den Arbeitsplätzen in Zulieferbetrieben sind jetzt gegenüber der Einschätzung der Bundesregierung von 1994 zur Deutschen Waggonbau AG bekannt; „Derzeit ca. 7 500 Arbeitsplätze mit Schwerpunkten in Berlin, Sachsen und Sachsen-Anhalt. Hinzu kommen ca. 20 000 Arbeitsplätze in Zulieferbetrieben.“ (Drucksache 12/7745), und worin sieht die Bundesregierung, soweit Abweichungen gegenüber ihrer Einschätzung von 1994 bestehen, die Ursachen für die eingetretene Entwicklung?

Die Bundesregierung hat bereits in der o. g. Antwort auf die Große Anfrage der PDS/Linke Liste (Drucksache 12/7745) vom 30. Mai 1994 deutlich gemacht, daß die Arbeitsplatzentwicklung maßgeblich vom Konzept des Investors abhängen wird und ein Anstieg der Beschäf-

tigtenzahlen (aus damaliger Sicht) nicht zu erwarten war. Diese Aussage hat sich inzwischen bestätigt.

Derzeit gibt es bei der Deutschen Waggonbau AG ca. 4 000 Arbeitsplätze mit Schwerpunkten in Sachsen und Sachsen-Anhalt. Hinzu kommen ca. 12 000 Arbeitsplätze in Zulieferbetrieben. Ursache für die Verringerung der Arbeitsplätze im Vergleich zu 1994 ist die im Zuge des Unternehmenskonzeptes realisierte Anpassung an die zukünftig erwartete Absatzentwicklung nach der deutlichen Verschlechterung der Absatzmöglichkeiten in den GUS-Staaten. Im übrigen wird auf die Antworten zu Fragen 69 und 71 verwiesen.

65. In welchem Umfang liegen Arbeitsplatzzusagen für die weitere Entwicklung im Schienenfahrzeugbau 1997, 1998, 1999 und im Jahr 2000 vor?
66. Für welche Unternehmen liegen Arbeitsplatzzusagen für welche Jahre vor?
67. In welchem Umfang sind die Arbeitsplatzzusagen bei Nichteinhaltung mit Vertragsstrafen belegt?
68. Welche Unternehmen betrifft das?

Bei der Deutschen Waggonbau liegen Arbeitsplatzzusagen für die Jahre 1997 bis 2000 vor. Jeweils 2 400 Arbeitsplätze jährlich sind mit Vertragsstrafe belegt.

69. Wie haben sich Unternehmen, die mit dem Schienenfahrzeugbau zusammenhängen, sowie die Dienstleistungsunternehmen entwickelt?

Die Situation der Zulieferindustrie ist nach wie vor geprägt durch einen starken Preisverfall der Endprodukte und hohe Qualitätsansprüche des Marktes. Einige Unternehmen befinden sich in einer Umstrukturierungsphase, um die notwendige Wettbewerbsfähigkeit zu erreichen. Zur Entwicklung der Unternehmen der Dienstleistungsbranche wird auf die Antwort zu Frage 35 verwiesen.

70. Welche zum Schienenfahrzeugbau und deren Zulieferungen alternativen Arbeitsplätze sind in welchem Umfang entstanden?

Auf die Antwort zu Frage 13 wird verwiesen.

71. Was hat die Bundesregierung unternommen, um einem Arbeitsplatzverlust im Schienenfahrzeugbau und deren Zulieferungen gegenzusteuern?

Die Bundesregierung hat zusammen mit den betroffenen Landesregierungen die nach langen, schwierigen Verhandlungen von der BvS erreichte Privatisierung konstruktiv begleitet und unterstützt. Dadurch konnte die Deutsche Waggonbau AG als industrielles Großunternehmen in seinem Kernbestand mit 6 von 7 Produktionsstandorten erhalten und eine bedeutende Anzahl Arbeitsplätze langfristig gesichert werden. Im Zuge der

Umstrukturierung des Unternehmens war allerdings im Zusammenhang mit dem Abbau ursprünglich bestehender Überkapazitäten eine erhebliche Verringerung des Personalbestandes unvermeidlich.

Die weitere Arbeitsplatzentwicklung wird von der Unternehmenspolitik der privatisierten Unternehmen abhängen, die an den Standorten Ammendorf, Bautzen, Görlitz, Niesky, Vetschau und Henningsdorf produzieren. Die Lieferbeziehungen zu kommunalen Verkehrsbetrieben und zur Deutschen Bahn AG unterstreichen, daß kommunale Verkehrsbetriebe und Unternehmen im Bundesbesitz sich ihrer Verantwortung für den Schienenfahrzeugbau und seine Zulieferindustrie in den neuen Bundesländern bewußt sind. So haben allein die Deutsche Bahn AG bzw. die Deutschen Bahnen von 1990 bis 1996 Aufträge im Gesamtwert von 8,5 Mrd. DM an ostdeutsche Unternehmen des Schienenfahrzeugbaus erteilt.

D. Sachsen

Industrielle Kerne in der Region Dresden

Einschätzung der Bundesregierung 1994 (Drucksache 12/7745) zum Zentrum für Mikroelektronik Dresden (ZMD) und zum Hochleistungs- und Innovationszentrum für Mikroelektronik (HIMD): „Im ZMD wird eine Erweiterung der Arbeitsplätze von 577 in 12/93 auf ca. 650 bis 1995/96 erwartet.“

Mit dem Aufbau des HIMD werden bis 1996 ca. 1 200 Arbeitsplätze geschaffen. Im Umfeld werden ca. 2 000 bis 2 500 Arbeitsplätze für Zulieferungen und Serviceleistungen entstehen und zusätzliche wesentliche Impulse erwartet.“

72. Wie viele Beschäftigte gibt es gegenwärtig im ZMD, und falls Abweichungen gegenüber den Erwartungen von 1994 eingetreten sind, worin sieht die Bundesregierung die Ursachen?

Die Übernahme der ZMD an den Freistaat Sachsen (Geschäftsanteile halten treuhänderisch zu je 50 % die Dresdner Bank und die Commerzbank) wurde zum 1. November 1993 wirksam. Die Erwerber verpflichteten sich zur Übernahme der Arbeitnehmer und zu einer Garantie für 400 Arbeitnehmer bis zum 1. Mai 1995. Bei der ZMD waren bei Ablauf der vertraglichen Verpflichtung insgesamt 527 Arbeitnehmer beschäftigt. Gegenwärtig verfügt ZMD über rd. 490 Beschäftigte. Die Umsatzentwicklung verlief deutlich niedriger als geplant. Gründe dafür waren die unerwartet schwache Nachfrage, vor allem aber auch die fehlende Nachfrage der lokalen ostdeutschen Industrie.

73. Wie viele Arbeitsplätze gibt es gegenwärtig im HIMD, und falls Abweichungen gegenüber den Erwartungen von 1994 eingetreten sind, worin sieht die Bundesregierung die Ursachen?

Zum Ende des Geschäftsjahres 1995/96 am 30. September 1996 waren im Halbleiterwerk SIMEC (HIMD) 1 770 Mitarbeiter beschäftigt. Vorgesehen ist ein Aus-

bau auf 1 850 Personen im Normalbetrieb des Werkes, was eine Erhöhung um 25 % gegenüber der ursprünglichen Planung bedeutet.

74. Wie viele Arbeitsplätze wurden zusätzlich im Umfeld des HIMD geschaffen, und falls Abweichungen gegenüber den Erwartungen von 1994 eingetreten sind, worin sieht die Bundesregierung die Ursachen?

Mit der Ansiedlung des Halbleiterwerkes SIMEC (HIMD) sind erhebliche Beschäftigungswirkungen verbunden. Insgesamt werden durch die Investition im Umfeld rd. 3 200 Personen eine Beschäftigung finden, davon ca. 2 300 in der Region Dresden.

75. Welche „zusätzlichen wesentlichen Impulse“ wurden durch den Aufbau des HIMD realisiert, und falls Abweichungen gegenüber den Erwartungen von 1994 eingetreten sind, worin sieht die Bundesregierung die Ursachen?

Zusätzliche beschäftigungswirksame Effekte werden aus der Entscheidung von Advanced Micro Devices (AMD) zur Errichtung einer Chipfabrik in Dresden erwartet. Insgesamt ist mit Beschäftigungswirkungen in gleicher Größenordnung wie für das Halbleiterwerk SIMEC zu rechnen.

76. Wie viele Erwerbstätige

- a) gab es in der Region Dresden am 31. Dezember 1993, 31. Dezember 1994 und 31. Dezember 1995,
b) gibt es gegenwärtig in der Region Dresden?

In der Region Dresden, also der Stadt Dresden, dem Kreis Meißen-Radebeul, dem Weißeritzkreis und dem Kreis Sächsische Schweiz, gab es nach den derzeit verfügbaren Angaben des Statistischen Landesamtes folgende Anzahl von Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt:

1993:	418 715
1994:	431 204
1995:	436 476

77. Was hat die Bundesregierung unternommen, um einem Arbeitsplatzverlust in der Region Dresden gegenzusteuern?

Auf die Vorbemerkung wird verwiesen.

78. In welchem Umfang liegen Arbeitsplatzzusagen für die weitere Entwicklung in der Region Dresden 1997, 1998, 1999 und im Jahr 2000 vor?

Der BvS liegen folgende Arbeitsplatzzusagen aus den Verträgen mit in dieser Region ansässigen Erwerbern vor:

1997:	8 503
1998:	6 589
1999:	5 546
2000:	985

Zur Darstellung der Arbeitsplatzzusagen wird auf die Antwort zu Frage 14 verwiesen.

79. Für welche Unternehmen liegen Arbeitsplatzzusagen für welche Jahre vor?

In der Region Dresden liegen der BvS für 24 im Rahmen von Anteilsverkäufen privatisierte Unternehmen Arbeitsplatzzusagen vor; diese sind vollständig pönalisiert und enden in je 9 Fällen in den Jahren 1997 und 1998 und in 6 Fällen im Jahre 1999.

80. In welchem Umfang sind die Arbeitsplatzzusagen bei Nichteinhaltung mit Vertragsstrafen belegt?

10 192 der der BvS für den Zeitraum 1997 bis 2000 vorliegenden 10 955 Arbeitsplatzzusagen aus allen Verträgen mit in dieser Region ansässigen Erwerbern sind mit Vertragsstrafen belegt.

81. Welche Unternehmen betrifft das?

Auf die Vorbemerkung wird verwiesen.

Stahlindustrie in Freital

Einschätzung der Bundesregierung 1994 (Drucksache 12/7745) zur Stahlindustrie in Freital und zur Entwicklung der Anzahl der Arbeitsplätze in der Region:
„Im Kaufvertrag über die Sächsische Edelstahlwerke hat sich der Erwerber zum Erhalt von 1 110 Dauerarbeitsplätzen verpflichtet.“

„Durch Ausgliederung und Verselbständigung von ehemals zu den Sächsischen Edelstahlwerken gehörenden Abteilungen und Bereichen, vorwiegend für Instandhaltungs-, Transport- und sonstige Dienstleistungsaufgaben, wurden nach Kenntnis der Bundesregierung weitere 1 000 Arbeitsplätze gesichert.“

„Alternative Arbeitsplätze stehen in begrenztem Umfang in den Bereichen Handel, Dienstleistungen und in der Bauindustrie zur Verfügung.“

82. Welche Angaben zu den Arbeitsplätzen in der Sächsische Edelstahlwerke GmbH sowie bei der Ausgliederung und Verselbständigung von ehemals zu den Sächsischen Edelstahlwerken gehörenden Abteilungen und Bereichen, vorwiegend für Instandhaltungs-, Transport- und sonstige Dienstleistungsaufgaben, in Freital liegen jetzt vor, und worin sieht die Bundesregierung, soweit Abweichungen gegenüber ihrer Antwort von 1994 bestehen, die Ursachen für die eingetretene Entwicklung?

Die Sächsische Edelstahlwerke GmbH (SEW) hat folgende durchschnittliche Beschäftigungszahlen nachgewiesen:

1993:	1390
1994:	1065
1995:	1085

Nach Angaben des Unternehmens beschäftigt die SEW Holding durch diverse Neuerwerbungen am Standort Freital sowie an weiteren Standorten zahlreiche nicht in den o. g. Zahlen berücksichtigte Arbeitnehmer.

Bei der Ausgliederung und Verselbständigung von ehemals zu den Sächsischen Edelstahlwerken gehörenden Abteilungen und Bereichen sind weitere Arbeitsplätze geschaffen worden. Über deren aktuelle Zahl liegen keine Angaben vor, da es sich bei den Ausgründungen um privatisierte eigenständige Unternehmen handelt.

83. Wie haben sich Unternehmen, die mit der Stahlindustrie zusammenhängen, sowie die Dienstleistungsunternehmen entwickelt?

Auf die Antwort zu Frage 35 wird verwiesen.

84. Was hat die Bundesregierung unternommen, um dem Arbeitsplatzverlust gegenzusteuern?

Auf die Vorbemerkung wird verwiesen.

85. In welchem Umfang hat sich die Zahl der Beschäftigten in Freital in den Bereichen Handel und Dienstleistungen und in der Bauindustrie jeweils gegenüber 1994 erhöht, und worin sieht die Bundesregierung, soweit Abweichungen gegenüber ihrer Einschätzung von 1994 bestehen, die Ursachen für die eingetretene Entwicklung?

Hinsichtlich der Entwicklung der Erwerbstätigen in den Bereichen Handel und Dienstleistungen erlauben die statistischen Angaben nur Aussagen zu den Bereichen Handel/Verkehr/Nachrichtenübermittlung, nicht Handel gesondert, und Dienstleistungsunternehmen. Diese Angaben sind nur für den gesamten Freistaat Sachsen verfügbar, nicht in der gewünschten Disaggregation bis auf einzelne Städte oder Regionen. Im Bundesland Sachsen hat sich die Zahl der Erwerbstätigen im Be-

reich Handel/Verkehr/Nachrichtenübermittlung im Zeitraum 1994 bis 1996 um 3 200 auf 342 000 Erwerbstätige erhöht, bei den Dienstleistungsunternehmen um 46 900 auf 418 000 Erwerbstätige.

Die Frage nach der Veränderung der Beschäftigtenzahlen in der Bauwirtschaft ist nicht im Sinne der Fragestellung zu beantworten, da mit der Umstellung der Berufstatistik im Jahre 1995 auf eine neue Systematik der Wirtschaftszweige die Zahlenangaben zu regional Beschäftigten in 1994 und 1996 nicht vergleichbar sind und eine Rückrechnung auf Regionen nicht erfolgt ist. Nach den für den Freistaat Sachsen vorliegenden Angaben hat sich die Zahl der Beschäftigten im Bauhauptgewerbe (vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau) seit 1994 um 2 100 auf 102 997 Beschäftigte im Jahre 1996 erhöht.

86. In welchem Umfang liegen Arbeitsplatzzusagen für die weitere Entwicklung in Freital für 1997, 1998, 1999 und im Jahr 2000 vor?

Der BvS liegen folgende Arbeitsplatzzusagen aus den Verträgen mit in dieser Region ansässigen Erwerbern vor:

1997:	909
1998:	701
1999:	185
2000:	21

Zur Darstellung der Arbeitsplatzzusagen wird auf die Antwort zu Frage 14 verwiesen.

87. Für welche Unternehmen liegen Arbeitsplatzzusagen für welche Jahre vor?

In der Region Freital liegen der BvS für 3 im Rahmen von Anteilsverkäufen privatisierte Unternehmen Arbeitsplatzzusagen vor; diese sind vollständig pönalisiert und enden in 2 Fällen im Jahre 1997, in einem Fall im Jahre 1998.

88. In welchem Umfang sind die Arbeitsplatzzusagen bei Nichteinhaltung mit Vertragsstrafen belegt?

949 der der BvS für den Zeitraum 1997 bis 2000 vorliegenden 982 Arbeitsplatzzusagen aus allen Verträgen mit in dieser Region ansässigen Erwerbern sind mit Vertragsstrafen belegt.

89. Welche Unternehmen betrifft das?

Auf die Vorbemerkung wird verwiesen.

Landmaschinenbau in den Regionen Leipzig, Bischofswerda und Sebnitz

Antwort der Bundesregierung 1994 (Drucksache 12/7745) zum Landmaschinenbau in den Regionen Leipzig, Bischofswerda, Sebnitz:

„Unternehmen	Mitarbeiter
BBG Leipzig GmbH	130
Mähdrescherwerk Singwitz	570
Fortschritt Erntemaschinen Neustadt GmbH	690“

90. Wie hat sich die Anzahl der Arbeitsplätze in den einzelnen Unternehmen in den einzelnen Jahren entwickelt, und worin sieht die Bundesregierung die Ursachen für die eingetretene Entwicklung?

Die Entwicklung der Beschäftigtenzahl in den o. g. Unternehmen stellt sich wie folgt dar:

	12/1994	12/1995	12/1996
BBG Leipzig GmbH	155	157	144
Mähdrescherwerk Singwitz GmbH	230	290	320
Fortschritt Erntemaschinen Neustadt GmbH	435	486	412

Trotz intensiver Marktbearbeitung in den letzten 2 Jahren konnten im Ostgeschäft keine weiteren Lieferverträge von Landwirtschaftsmaschinen abgeschlossen werden. Im Inland und in Westeuropa ist das Geschäft rückläufig.

91. Wie haben sich Unternehmen, die mit dem Landmaschinenbau zusammenhängen, sowie die Dienstleistungsunternehmen entwickelt?

Auf die Antwort zu Frage 46 wird verwiesen.

92. Welche alternativen Arbeitsplätze sind in welchem Umfang entstanden?

Auf die Antwort zu Frage 13 wird verwiesen.

93. Was hat die Bundesregierung unternommen, um dem Arbeitsplatzverlust insgesamt gegenzusteuern?

Die BBG Bodenbearbeitungsgeräte Leipzig GmbH wird durch eine Entschuldungsaktion seitens der BvS saniert. Die Mähdrescherwerk Singwitz GmbH wurde nach ihrer Privatisierung und dem Auftreten von Liquiditätseingipfeln 1996 mit einer Bundes-/Landesbürgschaft unterstützt. Die Fortschritt Erntemaschinen GmbH wurde 1994 nach Entschuldung privatisiert. Für den Zeitraum bis Ende 1996 wurden Verlustausgleiche geleistet.

94. In welchem Umfang liegen Arbeitsplatzzusagen für die weitere Entwicklung in den Unternehmen für 1997, 1998, 1999 und im Jahr 2000 vor?

95. Für welche Unternehmen liegen Arbeitsplatzzusagen für welche Jahre vor?

Die vertragliche Arbeitsplatzgarantie für das Unternehmen BBG Leipzig GmbH im Umfang von 147 Arbeitsplätzen galt bis zum 30. Juni 1997. Für das Unternehmen Mähdrescherwerk Singwitz GmbH galt die Arbeitsplatzgarantie im Umfang von 200 Arbeitsplätzen für den Zeitraum vom 31. Dezember 1994 bis zum 31. Dezember 1996. Die Käufer der Fortschritt Erntemaschinen Neustadt GmbH haben eine Arbeitsplatzgarantie im Umfang von 375 Arbeitsplätzen bis 1999 vertraglich zugesichert.

96. In welchem Umfang sind die Arbeitsplatzzusagen bei Nichteinhaltung mit Vertragsstrafen belegt?

97. Welche Unternehmen betrifft das?

Für das Unternehmen BBG Leipzig GmbH wurde eine Pönale vertraglich vereinbart; die Vereinbarung galt bis zum 30. Juni 1997. Bei der Mähdrescherwerk Singwitz GmbH sind die Arbeitsplatzgarantien zum 31. Dezember 1996 ausgelaufen. Für die Fortschritt Erntemaschinen Neustadt GmbH wurde eine Pönale bis zum Jahr 1999 vertraglich vereinbart.

Industrielle Kerne in der Region Bischofswerda

98. Wie viele Erwerbstätige

- a) gab es in der Region Bischofswerda am 31. Dezember 1993, 31. Dezember 1994 und 31. Dezember 1995,
- b) gibt es gegenwärtig in der Region Bischofswerda?

In der Region Bischofswerda, also dem Kreis Bautzen, gab es nach den derzeit verfügbaren Angaben des Statistischen Landesamtes folgende Anzahl von Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt:

1993:	63 231
1994:	63 022
1995:	65 443

99. In welchem Umfang liegen Arbeitsplatzzusagen für die weitere Entwicklung in der Region Bischofswerda für 1997, 1998, 1999 und im Jahr 2000 vor?

Der BvS liegen folgende Arbeitsplatzzusagen aus den Verträgen mit in dieser Region ansässigen Erwerbern vor:

1997:	994
1998:	334
1999:	100
2000:	41

Zur Darstellung der Arbeitsplatzzusagen wird auf die Antwort zu Frage 14 verwiesen.

100. Für welche Unternehmen liegen Arbeitsplatzzusagen für welche Jahre vor?

In der Region Bischofswerda liegen der BvS für 3 im Rahmen von Anteilsverkäufen privatisierte Unternehmen Arbeitsplatzzusagen vor; diese sind vollständig pönalisiert und enden im Jahre 1997.

101. In welchem Umfang sind die Arbeitsplatzzusagen bei Nichteinhaltung mit Vertragsstrafen belegt?

879 der der BvS für den Zeitraum 1997 bis 2000 vorliegenden 1 093 Arbeitsplatzzusagen aus allen Verträgen mit in dieser Region ansässigen Erwerbern sind mit Vertragsstrafen belegt.

102. Welche Unternehmen betrifft das?

Auf die Vorbemerkung wird verwiesen.

Industrielle Kerne in der Region Sebnitz

103. Wie viele Erwerbstätige

- a) gab es in der Region Sebnitz am 31. Dezember 1993, 31. Dezember 1994 und 31. Dezember 1995,
b) gibt es gegenwärtig in der Region Sebnitz?

In der Region Sebnitz, also dem Kreis Sächsische Schweiz, gab es nach den derzeit verfügbaren Angaben des Statistischen Landesamtes folgende Anzahl von Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt:

1993:	55 843
1994:	56 435
1995:	58 292

104. In welchem Umfang liegen Arbeitsplatzzusagen für die weitere Entwicklung in der Region Sebnitz für 1997, 1998, 1999 und im Jahr 2000 vor?

Der BvS liegen folgende Arbeitsplatzzusagen aus den Verträgen mit in dieser Region ansässigen Erwerbern vor:

1997:	1 416
1998:	1 382
1999:	873
2000:	59

Zur Darstellung der Arbeitsplatzzusagen wird auf die Antwort zu Frage 14 verwiesen.

105. Für welche Unternehmen liegen Arbeitsplatzzusagen für welche Jahre vor?

In der Region Sebnitz liegen der BvS für 6 im Rahmen von Anteilsverkäufen privatisierte Unternehmen Arbeitsplatzzusagen vor; diese sind vollständig pönalisiert und enden in einem Fall im Jahre 1997, in 3 Fällen im Jahre 1998 und in 2 Fällen im Jahre 1999.

106. In welchem Umfang sind die Arbeitsplatzzusagen bei Nichteinhaltung mit Vertragsstrafen belegt?

1 507 der der BvS für den Zeitraum 1997 bis 2000 vorliegenden 1 776 Arbeitsplatzzusagen aus allen Verträgen mit in dieser Region ansässigen Erwerbern sind mit Vertragsstrafen belegt.

107. Welche Unternehmen betrifft das?

Auf die Vorbemerkung wird verwiesen.

Industrielle Kerne in der Region Leipzig

Einschätzung der Bundesregierung 1994 (Drucksache 12/7745) zum Chemieanlagenbau und zum investitionsgüterproduzierenden Gewerbe in Leipzig:

„Zum Ende des Jahres 1993 waren in den drei Chemieanlagenbauunternehmen ca. 1 400 Mitarbeiter beschäftigt.“

Investitionsgüterproduzierendes Gewerbe in Leipzig:
„Es waren im November 1993 rund 17 000 Personen beschäftigt. In den vor- und nachgelagerten Produktionsstufen waren ca. 6 000 Personen tätig.“

„Folgende Branchen stellen eine potentielle Alternative an Arbeitsplätzen zum Chemieanlagenbau dar: Kraftwerksanlagenbau, Anlagenbau für die metallurgische Industrie, Anlagenbau für die Lebensmittelindustrie, Apparatebau für die Energiewirtschaft, für den Transport, für die Lebensmittelindustrie und für die Umwelttechnik.“

108. Wie viele Erwerbstätige

- a) gab es in der Region Leipzig am 31. Dezember 1993, 31. Dezember 1994 und 31. Dezember 1995,
b) gibt es gegenwärtig in der Region Leipzig?

In der Region Leipzig, also der Stadt Leipzig und dem Kreis Leipziger Land, gab es nach den derzeit verfügbaren Angaben des Statistischen Landesamtes folgende Anzahl von Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt:

1993:	327 539
1994:	336 148
1995:	339 302

109. In welchem Umfang liegen Arbeitsplatzzusagen für die weitere Entwicklung in der Region Leipzig für 1997, 1998, 1999 und im Jahr 2000 vor?

Der BvS liegen folgende Arbeitsplatzzusagen aus den Verträgen mit in dieser Region ansässigen Erwerbern vor:

1997:	10 535
1998:	6 020
1999:	4 311
2000:	2 761

Zur Darstellung der Arbeitsplatzzusagen wird auf die Antwort zu Frage 14 verwiesen.

110. Für welche Unternehmen liegen Arbeitsplatzzusagen für welche Jahre vor?

In der Region Leipzig liegen der BvS für 29 im Rahmen von Anteilsverkäufen privatisierte Unternehmen Arbeitsplatzzusagen vor; diese sind mit Ausnahme von 2 Fällen vollständig pönalisiert und enden überwiegend im Jahre 1997, in 5 Fällen im Jahre 1998 und reichen in jeweils einem Fall bis in die Jahre 2001, 2002 und 2003.

111. In welchem Umfang sind die Arbeitsplatzzusagen bei Nichteinhaltung mit Vertragsstrafen belegt?

11 145 der der BvS für den Zeitraum 1997 bis 2000 vorliegenden 12 003 Arbeitsplatzzusagen aus allen Verträgen mit in dieser Region ansässigen Erwerbern sind mit Vertragsstrafen belegt.

112. Welche Unternehmen betrifft das?

Auf die Vorbemerkung wird verwiesen.

113. Wie hat sich die Anzahl der Arbeitsplätze in der Ingenieurbetrieb Anlagenbau Leipzig GmbH und CAL Apparatebau Leipzig GmbH in den einzelnen Jahren entwickelt, und worin sieht die Bundesregierung die Ursachen für die eingetretene Entwicklung?

Im jeweiligen Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

	1994	1995	1996
Ingenieur- und Anlagenbau GmbH (IAB)	371	281	240
Pfleiderer Verkehrstechnik GmbH & Co KG (vormals CAL Apparatebau Leipzig GmbH)	275	238	226

Die Ingenieur- und Anlagenbau GmbH (IAB) hat Aufträge für schlüsselfertige Anlagen vor allem aus dem benachbarten mitteldeutschen Chemiedreieck erwartet. Diese Aufträge sind 1995/96 nicht eingegangen. Damit fehlte der IAB ein Referenzprojekt in unmittelbarer regionaler Nähe, mit dem die Leistungsfähigkeit der Gesellschaft überzeugend präsentiert werden kann. Die mit den GUS-Staaten angestrebten Geschäfte sind bisher nicht zustande gekommen. Zudem muß sich die IAB im internationalen Anlagenbaugeschäft mit den verschärften Wettbewerbsbedingungen auseinandersetzen. Der IAB ist es daher trotz erheblicher Vertriebsunterstützung durch die Urban-Management KG und die BMGB nicht gelungen, das 1994 erreichte Niveau im Auftragseingang aufrecht zu erhalten.

114. Wie haben sich Unternehmen, die mit dem Chemieanlagenbau zusammenhängen, sowie die Dienstleistungsunternehmen entwickelt?

Die Entwicklung von Unternehmen des Chemieanlagenbaus stellt sich sehr differenziert dar. Hervorzuheben ist ein angestrebter Großauftrag aus Brunei an eine sächsische Firma mit einem Gesamtvolumen von mehr als 2 Mrd. DM. Zur Entwicklung der Unternehmen der Dienstleistungsbranche wird auf die Antwort zu Frage 35 verwiesen.

115. Welche alternativen Arbeitsplätze sind in welchem Umfang entstanden?

Auf die Antwort zu Frage 13 wird verwiesen.

116. Was hat die Bundesregierung unternommen, um dem Arbeitsplatzverlust insgesamt gegenzusteuern?

Auf die Vorbemerkung wird verwiesen.

117. In welchem Umfang liegen Arbeitsplatzzusagen für die weitere Entwicklung in der Ingenieurbetrieb Anlagenbau Leipzig GmbH und CAL Apparatebau Leipzig GmbH für 1997, 1998, 1999 und im Jahr 2000 vor?

118. In welchem Umfang sind die Arbeitsplatzzusagen bei Nichteinhaltung mit Vertragsstrafen belegt?

119. Welches Unternehmen betrifft das?

Der Plan der Ingenieur- und Anlagenbau (IAB) sieht für die Jahre 1997 bis 2000 einen gleichbleibenden Personalbestand von 248 Mitarbeitern vor. Eine Auskunft über garantierte Arbeitsplatzzusagen kann erst im Ergebnis der Privatisierung gegeben werden.

Die Pfeleiderer Verkehrstechnik GmbH & Co. KG (vormals CAL Apparatebau GmbH) hat 230 Vollzeit-

beitsplätze für einen Zeitraum von mehr als drei Jahren, gerechnet ab Inkrafttreten des am 2. Mai 1995 geschlossenen Vertrages, zu erhalten. Die Arbeitsplatz-zusage ist pönalisiert.

120. In welchem Umfang hat sich die Zahl der Beschäftigten in der Region Leipzig in den Bereichen Kraftwerksanlagenbau, Anlagenbau für die metallurgische Industrie, Anlagenbau für die Lebensmittelindustrie, Apparatebau für die Energiewirtschaft, für den Transport, für die Lebensmittelindustrie und für die Umwelttechnik jeweils gegenüber 1994 erhöht, und worin sieht die Bundesregierung, soweit Abweichungen gegenüber ihrer Einschätzung von 1994 bestehen, die Ursachen für die eingetretene Entwicklung?

Die Bundesregierung hat in ihrer Antwort auf die Große Anfrage der PDS/Linke Liste (Drucksache 12/7745) vom 30. Mai 1994 keine Aussagen über die Beschäftigtenentwicklung in den in der Frage genannten Bereichen getroffen. Die amtliche Statistik enthält keine Angaben zur Beschäftigtenentwicklung diese Bereiche. Darüber hinaus kam es im Zusammenhang mit der Umstellung der Statistik auf neue EU-Klassifikation Anfang 1995 zu gravierenden Veränderungen des Instrumentariums. Die bis dahin gültige Nomenklatur (SYPRO) wurde durch die Wirtschaftszweigklassifikation (WZ 93) abgelöst.

Region Chemnitz

Einschätzung der Bundesregierung 1994 (Drucksache 12/7745) zum Werkzeugmaschinenbau in der Heckert-Chemnitzer Werkzeugmaschinen GmbH:

„... ein Privatisierungspartner mit einem vielversprechenden Konzept gefunden. Die Zusagen der Traub AG betreffen insbesondere eine Verlagerung von Produktion von West nach Ost ...“

„Das Erwerberkonzept der Traub AG sieht bis 1997 – eine entsprechende Umsatzentwicklung vorausgesetzt – einen Wiederanstieg der Beschäftigten bei Heckert auf 800 Mitarbeiter vor.“

121. Wie bewertet die Bundesregierung ihre vorgenannten Aussagen vor dem Hintergrund der inzwischen beantragten Gesamtvollstreckung?
122. Auf wessen Einschätzung beruht die Aussage, daß die Traub AG ein vielversprechendes Konzept hatte?
123. Wie beurteilt die Bundesregierung das „vielversprechende“ Konzept heute?

Zum Zeitpunkt der Privatisierung stellte die Veräußerung der Heckert-Chemnitzer Werkzeugmaschinen GmbH (HCW) an die Traub AG nach Auffassung der Treuhandanstalt und der von ihr einbezogenen Berater die wirtschaftlich und finanzpolitisch einzig vertretbare Möglichkeit dar. Die Produktpalette der Traub AG ergänzte sich sinnvoll mit der der HCW, die Überschneidungen waren nur geringfügig. In der gesamten Werkzeugmaschinenbranche und bei ihren Kunden genöß die Traub AG hinsichtlich Qualität und technischem Standard ihrer Produkte großes Ansehen. Schließlich

verfügte die Traub AG über einen weltweiten intakten Vertrieb, der mit der Privatisierung der HCW unmittelbar zu Verfügung stand.

Die in den Jahren 1995 und 1996 einsetzende existenzgefährdende Entwicklung der Traub AG war zum Zeitpunkt der Privatisierung nicht absehbar. Trotz des Vergleichs und des zwischenzeitlich beantragten Anschlußkonkursverfahrens über das Vermögen der Traub AG muß deutlich darauf hingewiesen werden, daß im Verbund mit der Traub AG Heckert-Produkte wieder weltweit Bedeutung und Anerkennung erlangt haben. Hierbei ist die durchgeführte Verlagerung von Produkten der Traub AG nach Chemnitz und die Nutzung des weltweiten Vertriebes der Traub AG von entscheidender Bedeutung gewesen. Die mit den neuen Produkten auf dem Weltmarkt erreichte Position wird u. a. daran deutlich, daß das Unternehmen – selbst unter den Bedingungen der Gesamtvollstreckung – einen 117 Mio. DM-Auftrag mit der indonesischen PT Timor erhalten hat.

124. Welche Angaben zu den Arbeitsplätzen im Werkzeugmaschinenbau in Chemnitz liegen jetzt vor, und worin sieht die Bundesregierung, soweit Abweichungen gegenüber ihrer Einschätzung von 1994 bestehen, die Ursachen für die eingetretene Entwicklung?

Wie bereits in der Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Gruppe der PDS/Linke Liste (Drucksache 12/7745) vom 30. Mai 1994 dargestellt, liegen der Bundesregierung keine detaillierten Angaben zum Werkzeugmaschinenbau in Chemnitz vor. Im übrigen wird auf die Antwort zu Frage 129 verwiesen.

125. Welche alternativen Arbeitsplätze sind in welchem Umfang entstanden?

Auf die Antwort zu Frage 13 wird verwiesen.

126. Was hat die Bundesregierung unternommen, um dem Arbeitsplatzverlust gegenzusteuern?

Auf die Vorbemerkung wird verwiesen.

127. Welche Angaben zu den Arbeitsplätzen im Textilmaschinenbau in Chemnitz liegen jetzt gegenüber der Einschätzung der Bundesregierung von 1994 (Drucksache 12/7745) zum Textilmaschinenbau in der Kändler Maschinenbau GmbH vor: „Aufgrund der erfolgreich vollzogenen Modernisierung ihres Produktionsprogramms rechnet das Unternehmen in den nächsten Jahren mit beträchtlichen Umsatzsteigerungen, so daß gute Chancen bestehen, mittelfristig das Personal wieder aufstocken zu können.“

„Kändler plant bis 1996 die Beschäftigung von ca. 280 Mitarbeitern“, und worin sieht die Bundesregierung, soweit Abweichungen gegenüber ihrer Einschätzung von 1994 bestehen, die Ursachen für die eingetretene Entwicklung?

128. Was hat die Bundesregierung unternommen, um dem Arbeitsplatzverlust gegenzusteuern?

Das Unternehmen Kändler Maschinenbau GmbH wurde am 18. November 1994 an die Beteiligungsgesellschaft Neue Länder (BNL), die einen Geschäftsanteil von 51 % hält, und an die Karl Mayer Textilmaschinenfabrik GmbH (KMT) verkauft. Im Kaufvertrag wurde eine Arbeitsplatzgarantie für 110 Arbeitnehmer zum 31. Dezember 1995 gegeben. Da sich 1995 abzeichnete, daß die Kändler Maschinenbau GmbH auf Dauer nicht allein überlebensfähig ist, erwarb die KMT am 25. Oktober 1995 von der BNL weitere Anteile (74,5 % gesamt) und nahm eine Verschmelzung des Unternehmens auf die bereits 1992 durch KMT erworbene MALIMO Maschinenbau GmbH mit Sitz in Chemnitz vor.

Im Verschmelzungsvertrag wurde eine Arbeitsplatzgarantie von 200 Arbeitnehmern bis zum 31. Dezember 1999 vereinbart. Im Jahre 1996 waren im Unternehmen 260 Vollzeitarbeitskräfte und 21 Auszubildende beschäftigt. Aufgrund der Verschmelzung wird ein Arbeitsplatzabbau auf ca. 240 Arbeitnehmer vorerst unvermeidbar sein. Das Unternehmenskonzept sieht mittelfristig die Erweiterung des Geschäftsfeldes und damit den Anstieg der Zahl der Arbeitsplätze in den kommenden Jahren vor.

Seitens der BvS wurde die Verschmelzung der Kändler Maschinenbau GmbH auf die MALIMO Maschinenbau GmbH als sinnvoll erachtet und dadurch unterstützt, daß sämtliche vertraglich vereinbarte Leistungen (Sanierungszuschüsse etc.) aufrecht erhalten wurden. Das verschmolzene Unternehmen entwickelt sich nach Kenntnis der Bundesregierung planmäßig wie im Konzept vorgesehen.

129. Welche Angaben zu den Arbeitsplätzen im Investitionsgüterproduzierenden Gewerbe in der Region Chemnitz liegen jetzt gegenüber der Antwort der Bundesregierung von 1994 (Drucksache 12/7745) zum Investitionsgüterproduzierenden Gewerbe in der Region Chemnitz vor: „In der Region Chemnitz waren insgesamt 14 100 Personen im Investitionsgüterproduzierenden Gewerbe beschäftigt. In vor- und nachgelagerten Produktionsstufen waren ca. 8 000 Personen in der Region Chemnitz tätig.

Alternative Arbeitsplätze in den Bereichen Handel, Handwerk, Dienstleistungen und Bauindustrie stehen in begrenztem Umfang zur Verfügung“, und worin sieht die Bundesregierung, soweit Abweichungen gegenüber ihrer Antwort von 1994 bestehen, die Ursachen für die eingetretene Entwicklung?

Im Investitionsgüterproduzierenden Gewerbe der Region Chemnitz waren im Jahresmittel 1994 insgesamt

rd. 15 400 Personen und im Jahresmittel 1996 insgesamt rd. 13 600 Personen beschäftigt. Zur Entwicklung alternativer Arbeitsplätze im Handwerk, der Dienstleistungsbranche und der Bauwirtschaft wird auf die Antwort zu Frage 131 verwiesen.

130. Welche Angaben zu vor- und nachgelagerten Produktionsstufen liegen jetzt vor, und worin sieht die Bundesregierung, soweit Abweichungen gegenüber ihrer Antwort von 1994 bestehen, die Ursachen für die eingetretene Entwicklung?

In den vorgelagerten (vorleistungsgüterproduzierender Bereich) und nachgelagerten (ge- und verbrauchsgüterproduzierender Bereich) Produktionsstufen belief sich die Anzahl der Beschäftigten in der Region Chemnitz im Jahresmittel 1994 auf ca. 28 200 Personen und im Jahresmittel 1996 auf ca. 28 900 Personen.

131. In welchem Umfang hat sich die Zahl der Beschäftigten in der Region Chemnitz in den Bereichen Handel, Handwerk, Dienstleistungen und Bauindustrie jeweils gegenüber 1994 erhöht, und worin sieht die Bundesregierung, soweit Abweichungen gegenüber ihrer Einschätzung von 1994 bestehen, die Ursachen für die eingetretene Entwicklung?

Nach den Ergebnissen der Handwerkszählung 1995 gab es am 30. September 1994 in der Region Chemnitz 82 861 Beschäftigte im Handwerk. Für die Entwicklung seit 1994 stehen amtliche Zahlenangaben erst mit dem Aufbau der Handwerksberichterstattung auf der Basis der Handwerkszählung 1995 – voraussichtlich in der zweiten Jahreshälfte 1997 – zur Verfügung. Zur Entwicklung der Unternehmen der Dienstleistungsbranche und der Bauwirtschaft wird auf die Antwort zu Frage 85 verwiesen.

132. Wie viele Erwerbstätige

- a) gab es in der Region Chemnitz am 31. Dezember 1993, 31. Dezember 1994 und 31. Dezember 1995,
b) gibt es gegenwärtig in der Region Chemnitz?

In der Region Chemnitz, also der Stadt Chemnitz, dem Kreis Chemnitzer Land, dem Kreis Mittweida, dem Kreis Freiberg, dem Mittleren Erzgebirgskreis und dem Kreis Stollberg gab es nach den derzeit verfügbaren Angaben des Statistischen Landesamtes folgende Anzahl von Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt:

1993:	385 704
1994:	392 234
1995:	393 310

133. In welchem Umfang liegen Arbeitsplatzzusagen für die weitere Entwicklung in der Region Chemnitz für 1997, 1998, 1999 und im Jahr 2000 vor?

Der BvS liegen folgende Arbeitsplatzzusagen aus den Verträgen mit in dieser Region ansässigen Erwerbem vor:

1997:	10 567
1998:	8 808
1999:	5 132
2000:	881

Zur Darstellung der Arbeitsplatzzusagen wird auf die Antwort zu Frage 14 verwiesen.

134. Für welche Unternehmen liegen Arbeitsplatzzusagen für welche Jahre vor?

In der Region Chemnitz liegen der BvS für 24 im Rahmen von Anteilsverkäufen privatisierte Unternehmen Arbeitsplatzzusagen vor; diese sind vollständig pönalisiert und enden überwiegend im Jahre 1997, in 9 Fällen im Jahre 1998, in 5 Fällen im Jahre 1999 und in einem Fall im Jahr 2004.

135. In welchem Umfang sind die Arbeitsplatzzusagen bei Nichteinhaltung mit Vertragsstrafen belegt?

12 350 der der BvS für den Zeitraum 1997 bis 2000 vorliegenden 13 099 Arbeitsplatzzusagen aus allen Verträgen mit in dieser Region ansässigen Erwerbem sind mit Vertragsstrafen belegt.

136. Welche Unternehmen betrifft das?

Auf die Vorbemerkung wird verwiesen.

Industrielle Kerne in der Region Zwickau

Antwort der Bundesregierung 1994 (Drucksache 12/7745) zur Automobilindustrie in Zwickau:

„Im Dezember 1993 waren im VW-Werk in Mosel 2 610 Mitarbeiter beschäftigt.“

„Im Bereich der Regionalkammer Zwickau der IHK Südwestsachsen sind neben dem VW-Werk in Mosel rund 20 weitere Unternehmen der Automobilbranche ansässig. Diese, überwiegend als Teile- und Komponentenhersteller für die Autoindustrie tätigen Firmen, beschäftigten im Dezember 1993 4 340 Mitarbeiter.“

„Alternative Arbeitsplätze in den Bereichen Handel, Handwerk, Dienstleistungen und Bauindustrie stehen in begrenztem Umfang zur Verfügung.“

137. Welche Angaben zu den Arbeitsplätzen in der Automobilherstellung sowie für die Teile- und Komponentenhersteller in der Region Zwickau liegen jetzt vor, und worin sieht die Bundesregierung, soweit Abweichungen gegenüber ihrer Antwort von

1994 bestehen, die Ursachen für die eingetretene Entwicklung?

138. Was hat die Bundesregierung unternommen, um einem Arbeitsplatzverlust gegenzusteuern?

Nach Unterlagen des Statistischen Landesamtes wurden im März 1997 insgesamt 7 204 Beschäftigte im Fahrzeugbau (Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen) für die Stadt Zwickau und in den Landkreisen Zwickauer Land und Chemnitzer Land gezählt. Nach Angaben der Regionalkammer Zwickau sind in der Region weitere Unternehmen ansässig, die auch der Kfz-Industrie zuarbeiten, jedoch statistisch nicht im Fahrzeugbau geführt werden. Die Zahl der dort Beschäftigten beläuft sich auf mehr als 1 800 Mitarbeiter.

Nach Angaben der Volkswagen AG waren im Dezember 1996 im Werk Mosel 2 400 Mitarbeiter beschäftigt. Das Werk wird von 85 Firmen aus den neuen Bundesländern mit Teilen und Komponenten für die Automobilproduktion beliefert; weitere 319 Firmen erbrachten im Jahre 1996 Dienstleistungen oder lieferten Investitionsgüter.

139. In welchem Umfang hat sich die Zahl der Beschäftigten in der Region Zwickau in den Bereichen Handel, Handwerk, Dienstleistungen und Bauindustrie jeweils gegenüber 1994 erhöht, und worin sieht die Bundesregierung, soweit Abweichungen gegenüber ihrer Einschätzung von 1994 bestehen, die Ursachen für die eingetretene Entwicklung?

Nach den Ergebnissen der Handwerkszählung 1995 gab es am 30. September 1994 in der Region Zwickau 21 754 Beschäftigte im Handwerk. Für die Entwicklung seit 1994 stehen amtliche Zahlenangaben erst mit dem Aufbau der Handwerksberichterstattung auf der Basis der Handwerkszählung 1995 – voraussichtlich in der zweiten Jahreshälfte 1997 – zur Verfügung. Zur Entwicklung der Unternehmen der Dienstleistungsbranche und der Bauwirtschaft wird auf die Antwort zu Frage 85 verwiesen.

140. Wie viele Erwerbstätige

- a) gab es in der Region Zwickau am 31. Dezember 1993, 31. Dezember 1994 und 31. Dezember 1995,
b) gibt es gegenwärtig in der Region Zwickau?

In der Region Zwickau, also der Stadt Zwickau und dem Kreis Zwickauer Land, gab es nach den derzeit verfügbaren Angaben des Statistischen Landesamtes folgende Anzahl von Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt:

1993:	101 414
1994:	102 193
1995:	105 125

141. In welchem Umfang liegen Arbeitsplatzzusagen für die weitere Entwicklung in der Region Zwickau für 1997, 1998, 1999 und im Jahr 2000 vor?

Der BvS liegen folgende Arbeitsplatzzusagen aus den Verträgen mit in dieser Region ansässigen Erwerbern vor:

1997:	995
1998:	567
1999:	180
2000:	55

Zur Darstellung der Arbeitsplatzzusagen wird auf die Antwort zu Frage 14 verwiesen.

142. Für welche Unternehmen liegen Arbeitsplatzzusagen für welche Jahre vor?

In der Region Zwickau liegen der BvS für 2 im Rahmen von Anteilsverkäufen privatisierte Unternehmen Arbeitsplatzzusagen vor; diese sind vollständig pönalisiert und enden im Jahre 1997.

143. In welchem Umfang sind die Arbeitsplatzzusagen bei Nichteinhaltung mit Vertragsstrafen belegt?

809 der der BvS für den Zeitraum 1997 bis 2000 vorliegenden 1 003 Arbeitsplatzzusagen aus allen Verträgen mit in dieser Region ansässigen Erwerbern sind mit Vertragsstrafen belegt.

144. Welche Unternehmen betrifft das?

Auf die Vorbemerkung wird verwiesen.

Waggonbau in den Regionen Görlitz, Bautzen und Niesky

Antwort der Bundesregierung 1994 (Drucksache 12/7745) zum Waggonbau in Görlitz, Bautzen und Niesky:

„Die Mitarbeiterzahl in den einzelnen Waggonbaustandorten stellt sich per 1. Januar 1994 wie folgt dar:

Standort	Mitarbeiter
Görlitz	1 700
Bautzen	1 000
Niesky	700“

145. Wie hat sich die Anzahl der Arbeitsplätze im Waggonbau in Görlitz, Bautzen und Niesky in den einzelnen Jahren entwickelt, und worin sieht die Bundesregierung die Ursachen für die eingetretene Entwicklung?

146. Was hat die Bundesregierung unternommen, um einem Arbeitsplatzverlust gegenzusteuern?

Die Anzahl der Arbeitsplätze im Waggonbau hat sich an den einzelnen Standorten wie folgt entwickelt:

	01/1995	01/1996	01/1997
Görlitz	1 500	1 250	1 200
Bautzen	960	850	700
Niesky	450	450	450

Die Ursachen für die eingetretene Entwicklung ist in der veränderten Wettbewerbslage und der dadurch verringerten Absatzerwartung begründet, an die das Unternehmenskonzept angepaßt werden mußte. Zur Arbeitsplatzentwicklung wird auf die Antwort zu Frage 64 verwiesen.

147. Wie haben sich Unternehmen, die mit dem Waggonbau zusammenhängen, sowie die Dienstleistungsunternehmen entwickelt?

Zur Entwicklung der mit dem Waggonbau zusammenhängenden Unternehmen wird auf die Antwort zu Frage 64 und zur Entwicklung der Unternehmen der Dienstleistungsbranche wird auf die Antwort zu Frage 35 verwiesen.

148. Welche alternativen Arbeitsplätze sind in welchem Umfang entstanden?

Auf die Antwort zu Frage 13 wird verwiesen.

149. In welchem Umfang liegen Arbeitsplatzzusagen für die weitere Entwicklung in den einzelnen sächsischen Waggonbauunternehmen für 1997, 1998, 1999 und im Jahr 2000 vor?

150. In welchem Umfang sind die Arbeitsplatzzusagen bei Nichteinhaltung mit Vertragsstrafen belegt?

151. Welche Unternehmen betrifft das?

Für die Deutsche Waggonbau AG liegen nur Gesamtzusagen vor, die nicht für einzelne Standorte gelten. Die bis zum Jahre 2000 jährlich 2 400 zugesagten Arbeitsplätze sind mit Vertragsstrafe belegt.

Industrielle Kerne in der Region Görlitz

152. Wie viele Erwerbstätige

- a) gab es in der Region Görlitz am 31. Dezember 1993, 31. Dezember 1994 und 31. Dezember 1995,
b) gibt es gegenwärtig in der Region Görlitz?

In der Region Görlitz, also der Stadt Görlitz und dem Niederschlesischen Oberlausitzkreis, gab es nach den derzeit verfügbaren Angaben des Statistischen Lan-

desamtes folgende Anzahl von Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt:

1993:	62 766
1994:	61 568
1995:	65 243

153. In welchem Umfang liegen Arbeitsplatzzusagen für die weitere Entwicklung in der Region Görlitz für 1997, 1998, 1999 und im Jahr 2000 vor?

Der BvS liegen folgende Arbeitsplatzzusagen aus den Verträgen mit in dieser Region ansässigen Erwerbern vor:

1997:	963
1998:	240
1999:	104
2000:	11

Zur Darstellung der Arbeitsplatzzusagen wird auf die Antwort zu Frage 14 verwiesen.

154. Für welche Unternehmen liegen Arbeitsplatzzusagen für welche Jahre vor?

In der Region Görlitz liegen der BvS für 5 im Rahmen von Anteilsverkäufen privatisierte Unternehmen Arbeitsplatzzusagen vor; diese sind mit einer Ausnahme vollständig pönalisiert und enden überwiegend im Jahre 1997 sowie in je einem Fall in den Jahren 1998 und 2002.

155. In welchem Umfang sind die Arbeitsplatzzusagen bei Nichteinhaltung mit Vertragsstrafen belegt?

943 der der BvS für den Zeitraum 1997 bis 2000 vorliegenden 983 Arbeitsplatzzusagen aus allen Verträgen mit in dieser Region ansässigen Erwerbern sind mit Vertragsstrafen belegt.

156. Welche Unternehmen betrifft das?

Auf die Vorbemerkung wird verwiesen.

Industrielle Kerne in der Region Bautzen

157. Wie viele Erwerbstätige

- a) gab es in der Region Bautzen am 31. Dezember 1993, 31. Dezember 1994 und 31. Dezember 1995,
- b) gibt es gegenwärtig in der Region Bautzen?

In der Region Bautzen, also dem Kreis Bautzen, gab es nach den derzeit verfügbaren Angaben des Statisti-

schen Landesamtes folgende Anzahl von Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt:

1993:	63 231
1994:	63 022
1995:	65 443

158. In welchem Umfang liegen Arbeitsplatzzusagen für die weitere Entwicklung in der Region Bautzen für 1997, 1998, 1999 und im Jahr 2000 vor?

Der BvS liegen folgende Arbeitsplatzzusagen aus den Verträgen mit in dieser Region ansässigen Erwerbern vor:

1997:	994
1998:	334
1999:	100
2000:	41

Zur Darstellung der Arbeitsplatzzusagen wird auf die Antwort zu Frage 14 verwiesen.

159. Für welche Unternehmen liegen Arbeitsplatzzusagen für welche Jahre vor?

In der Region Bautzen liegen der BvS für 3 im Rahmen von Anteilsverkäufen privatisierte Unternehmen Arbeitsplatzzusagen vor; diese sind vollständig pönalisiert und enden im Jahre 1997.

160. In welchem Umfang sind die Arbeitsplatzzusagen bei Nichteinhaltung mit Vertragsstrafen belegt?

879 der der BvS für den Zeitraum 1997 bis 2000 vorliegenden 1 093 Arbeitsplatzzusagen aus allen Verträgen mit in dieser Region ansässigen Erwerbern sind mit Vertragsstrafen belegt.

161. Welche Unternehmen betrifft das?

Auf die Vorbemerkung wird verwiesen.

Industrielle Kerne in der Region Niesky

162. Wie viele Erwerbstätige

- a) gab es in der Region Niesky am 31. Dezember 1993, 31. Dezember 1994 und 31. Dezember 1995,
- b) gibt es gegenwärtig in der Region Niesky?

In der Region Niesky, also dem Niederschlesischen Oberlausitzkreis, gab es nach den derzeit verfügbaren

Angaben des Statistischen Landesamtes folgende Anzahl von Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt:

1993:	34 590
1994:	33 498
1995:	36 615

163. In welchem Umfang liegen Arbeitsplatzzusagen für die weitere Entwicklung in der Region Niesky für 1997, 1998, 1999 und im Jahr 2000 vor?

Der BvS liegen folgende Arbeitsplatzzusagen aus den Verträgen mit in dieser Region ansässigen Erwerbern vor:

1997:	269
1998:	78
1999:	3
2000:	0

Zur Darstellung der Arbeitsplatzzusagen wird auf die Antwort zu Frage 14 verwiesen.

164. Für welche Unternehmen liegen Arbeitsplatzzusagen für welche Jahre vor?

In der Region Niesky liegen der BvS für 2 im Rahmen von Anteilsverkäufen privatisierte Unternehmen Arbeitsplatzzusagen vor; diese sind in einem Fall pönalisiert und enden im Jahre 1997.

165. In welchem Umfang sind die Arbeitsplatzzusagen bei Nichteinhaltung mit Vertragsstrafen belegt?

234 der der BvS für den Zeitraum 1997 bis 2000 vorliegenden 274 Arbeitsplatzzusagen aus allen Verträgen mit in dieser Region ansässigen Erwerbern sind mit Vertragsstrafen belegt.

166. Welche Unternehmen betrifft das?

Auf die Vorbemerkung wird verwiesen.

Industrielle Kerne in der Region Schwarzenberg

167. Wie hat sich die Entwicklung industrieller Kerne in der Region Schwarzenberg seit 1994 vollzogen, und wie gestaltet sich die weitere Entwicklung der Anzahl der Arbeitsplätze?

Die Bundesregierung hat im Konzept zur Sicherung und Erneuerung industrieller Kerne durch die Treuhandanstalt in den neuen Bundesländern vom 21. Juni 1993 und in ihrer Antwort auf die Große Anfrage des Abgeordneten Dr. Fritz Schumann (Kroppenstedt) und der

Gruppe der PDS/Linke Liste (Drucksache 12/7745) betr. Erneuerung industrieller Kerne vom 30. Mai 1994 keine industriellen Kerne in der Region Schwarzenberg genannt.

E. Sachsen-Anhalt

Chemiedreieck

Einschätzung der Bundesregierung 1994 (Drucksache 12/7745) zur Chemischen Industrie und Mineralölindustrie:

„Die vier Unternehmen der Großchemie beschäftigten zum 1. Januar 1994 insgesamt 14 486 Mitarbeiter.“

„Schätzungen der Treuhandanstalt gehen davon aus, daß es bis ca. 1998 gelingen könnte, die z. Z. im Bereich der Großchemie vorhandenen ca. 14 500 Arbeitsplätze auf ca. 20 000 zu steigern.“

168. Welche Angaben zu den Arbeitsplätzen in der Chemischen Industrie und Mineralölindustrie liegen jetzt vor, und worin sieht die Bundesregierung, soweit Abweichungen gegenüber ihrer Einschätzung von 1994 bestehen, die Ursachen für die eingetretene Entwicklung?

An den Standorten Bitterfeld/Wolfen, Leuna, Buna/Schkopau und Böhlen gab es im Januar 1997 ca. 10 300 Beschäftigte in der Chemischen Industrie und 700 Beschäftigte in der Mineralölindustrie (Beschäftigte in ABM nicht eingerechnet). Im übrigen wird auf die Antwort zu Frage 266 und 267 verwiesen.

169. Wie haben sich Unternehmen, die mit der Chemischen Industrie zusammenhängen, sowie die Dienstleistungsunternehmen entwickelt?

170. Welche alternativen Arbeitsplätze sind in welchem Umfang entstanden?

An den o. g. Standorten der Chemischen Industrie hat sich eine Vielzahl von Unternehmen angesiedelt, die weitgehend auf die Chemieunternehmen ausgerichtet sind. Auf die positive Entwicklung dieser Unternehmen weisen die in der Antwort auf Frage 266 und 267 enthaltenen Arbeitsplatzangaben hin. Zur Entwicklung der Unternehmen der Dienstleistungsbranche wird auf die Antwort zu Frage 35 verwiesen. Im übrigen wird auf die Antwort zu Frage 13 verwiesen.

171. Wie viele Erwerbstätige

a) gab es im Chemiedreieck am 31. Dezember 1993, 31. Dezember 1994 und 31. Dezember 1995,

b) gibt es gegenwärtig im Chemiedreieck?

Im Chemiedreieck, also dem Kreis Merseburg-Querfurt, dem Saalkreis, der Stadt Halle und dem Kreis Bitterfeld, gab es nach den derzeit verfügbaren Angaben des Statistischen Landesamtes folgende Anzahl von Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt:

1993:	278 108
1994:	288 591
1995:	289 466

172. In welchem Umfang liegen Arbeitsplatzzusagen für die weitere Entwicklung im Chemiedreieck für 1997, 1998, 1999 und im Jahr 2000 vor?

Der BvS liegen folgende Arbeitsplatzzusagen aus den Verträgen mit im Chemiedreieck ansässigen Erwerbern vor:

1997:	9 688
1998:	4 585
1999:	4 313
2000:	2 526

Zur Darstellung der Arbeitsplatzzusagen wird auf die Antwort zu Frage 14 verwiesen.

173. Für welche Unternehmen liegen Arbeitsplatzzusagen für welche Jahre vor?

Im Chemiedreieck liegen der BvS für 22 im Rahmen von Anteilsverkäufen privatisierte Unternehmen Arbeitsplatzzusagen vor; diese sind vollständig pönalisiert und enden überwiegend in den Jahren 1997 und 1998, in jeweils einem Fall in den Jahren 2000, 2001 und 2003.

174. In welchem Umfang sind die Arbeitsplatzzusagen bei Nichteinhaltung mit Vertragsstrafen belegt?

14 001 der der BvS für den Zeitraum 1997 bis 2000 vorliegenden 14 376 Arbeitsplatzzusagen aus allen Verträgen mit im Chemiedreieck ansässigen Erwerbern sind mit Vertragsstrafen belegt.

175. Welche Unternehmen betrifft das?

Auf die Vorbemerkung wird verwiesen.

176. Wie hat sich die Entwicklung weiterer industrieller Kerne im Chemiedreieck seit 1994 vollzogen, und wie gestaltet sich die weitere Entwicklung der Anzahl der Arbeitsplätze?

Die Bundesregierung hat im Konzept zur Sicherung und Erneuerung industrieller Kerne durch die Treuhandanstalt in den neuen Bundesländern vom 21. Juni 1993 und in ihrer Antwort auf die Große Anfrage des Abgeordneten Dr. Fritz Schumann (Kroppenstedt) und der Gruppe der PDS/Linke Liste (Drucksache 12/7745) betr. Erneuerung industrieller Kerne vom 30. Mai 1994 kei-

ne weiteren industriellen Kerne im Chemiedreieck genannt.

Industrielle Kerne im Mansfelder Land

Antwort der Bundesregierung 1994 (Drucksache 12/7745) zur Mansfeld AG, Lutherstadt Eisleben: „Die Betriebe in Merseburg und Rackwitz wurden an die Metallwerke Gottschol GmbH veräußert. Das Unternehmenskonzept sieht die Modernisierung der Unternehmen mit geplanten Investitionen von 160 Mio. DM und die Sicherung von 500 Arbeitsplätzen vor.“

177. Welche Angaben zur Anzahl der Arbeitsplätze liegen jetzt für das Unternehmen in Merseburg vor?

178. Welche Angaben zur Entwicklung der Anzahl der Arbeitsplätze liegen jetzt für das Unternehmen in Rackwitz vor?

Die Gottschol Metallwerke GmbH & Co. KG hat 1993 die Leichtmetallwerk Rackwitz GmbH (mittlerweile umfirmiert in Rackwitz Aluminium GmbH) gekauft. Die Rackwitz Aluminium GmbH hat danach das Anlagevermögen der Folien GmbH Merseburg i. L. gekauft und das dazugehörige Betriebsgrundstück samt Gebäuden gepachtet. Die Rackwitz Aluminium GmbH befindet sich auf Antrag vom 17. Dezember 1996 seit dem 1. Februar 1997 in Gesamtvollstreckung. Zum Zeitpunkt der Eröffnung betrug die Mitarbeiterzahl 450, davon 107 Beschäftigte in Merseburg. Gegenwärtig versucht die BvS, gemeinsam mit den Ländern und Banken eine Lösung für den Fortbestand des Unternehmens zu schaffen.

Industrielle Kerne in der Region Magdeburg

Einschätzung der Bundesregierung 1994 (Drucksache 12/7745) zum SKET in Magdeburg

„Zur Zeit sind in den noch nicht privatisierten Unternehmen rund 3 200 Mitarbeiter tätig.“

„Ein Anstieg der Beschäftigten ist nach heutigen Erkenntnissen nicht zu erwarten.“

179. Wie bewertet die Bundesregierung ihre vorgenannten Aussagen vor dem Hintergrund der inzwischen beantragten Gesamtvollstreckung?

180. Welche Angaben zu den Arbeitsplätzen im SKET in Magdeburg liegen jetzt vor, und worin sieht die Bundesregierung die Ursachen für die eingetretene Entwicklung?

Die Ursachen für die negative wirtschaftliche Entwicklung, die letztendlich zum Gesamtvollstreckungsverfahren (vgl. Antwort zu Frage 308) führte, sind in der negativen Auftragsentwicklung und in zu hoher Kostenbelastung zu sehen. Die geplanten GUS-Aufträge waren nicht finanzgesichert und konnten nicht fertiggestellt und fakturiert werden. Weitere Aufträge, insbesondere aus dem asiatischen Raum, wurden mit erheblichen Verlusten gefertigt.

Vor der Eröffnung der Gesamtvollstreckung waren noch 1 853 Mitarbeiter in der SKET SMM GmbH beschäftigt. Von diesem Personal haben 1 360 Mitarbeiter das Angebot der Beschäftigungsgesellschaft GISE (Ge-

sellschaft für Innovative Strukturentwicklung, Magdeburg) angenommen und werden hier mit Arbeiten nach § 249 h AFG und Weiterqualifizierungsmaßnahmen beschäftigt. In den neuen Auffanggesellschaften sind seit dem 1. Januar 1997 insgesamt 425 Mitarbeiter tätig:

- SKET Walzwerktechnik GmbH
- SKET Ölsaaten-technik GmbH
- SKET Verseilmaschinenbau GmbH
- SKET Maschinen- und Anlagenbau GmbH
- SKET Maschinenbau-EDV GmbH

Alle übrigen Arbeitnehmer sind in der Abwicklung des „Technischen Sozialbetriebes“ und in der Ausbildungswerkstatt beschäftigt. Beide Einrichtungen werden gemäß der zwischen dem Gesamtvollstreckungsverwalter und der BvS getroffenen Abwicklungsvereinbarung fortgeführt. Bei steigendem Auftragsvolumen wird der zusätzliche Personalbedarf aus der GISE gedeckt.

181. Wie haben sich Unternehmen, die mit der SKET Schwermaschinenbau GmbH zusammenhängen, sowie die Dienstleistungsunternehmen entwickelt?

Die ehemaligen SKET-Töchter haben sich größtenteils planmäßig entwickelt. So hat der BvS-Vorstand am 11. Februar 1997 die bis 1999 laufenden Sanierungskonzepte für die ehemaligen Tochterunternehmen Drahtziehmaschinenwerk Gröna (jetzt Herborn & Breitenbach, Chemnitz) und Entstaubungstechnik Magdeburg bestätigt. Zur Entwicklung der Unternehmen der Dienstleistungsbranche wird auf die Antwort zu Frage 35 verwiesen.

182. Wie hat sich die Entwicklung weiterer industrieller Kerne in der Region Magdeburg seit 1994 vollzogen, und wie gestaltet sich die weitere Entwicklung der Anzahl der Arbeitsplätze?

Die Bundesregierung hat im Konzept zur Sicherung und Erneuerung industrieller Kerne durch die Treuhandanstalt in den neuen Bundesländern vom 21. Juni 1993 und in ihrer Antwort auf die Große Anfrage des Abgeordneten Dr. Fritz Schumann (Kroppenstedt) und der Gruppe der PDS/Linke Liste (Drucksache 12/7745) betr. Erneuerung industrieller Kerne vom 30. Mai 1994 keine weiteren industriellen Kerne in der Region Magdeburg genannt.

183. Wie viele Erwerbstätige

- a) gab es in der Region Magdeburg am 31. Dezember 1993, 31. Dezember 1994 und 31. Dezember 1995,
- b) gibt es gegenwärtig in der Region Magdeburg?

In der Region Magdeburg, also der Stadt Magdeburg, dem Bördekreis, dem Ohre-Kreis, dem Kreis Jerichower Land und dem Kreis Schönebeck gab es nach den derzeit verfügbaren Angaben des Statistischen Landesamtes folgende Anzahl von Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt:

1993:	272 116
1994:	275 575
1995:	276 466

184. Was hat die Bundesregierung unternommen, um einem Arbeitsplatzverlust in der Region Magdeburg gegenzusteuern?

Auf die Vorbemerkung wird verwiesen.

185. Welche alternativen Arbeitsplätze sind in welchem Umfang entstanden?

Auf die Antwort zu Frage 13 wird verwiesen.

186. In welchem Umfang liegen Arbeitsplatzzusagen für die weitere Entwicklung in der Region Magdeburg für 1997, 1998, 1999 und im Jahr 2000 vor?

Der BvS liegen folgende Arbeitsplatzzusagen aus den Verträgen mit in dieser Region ansässigen Erwerbern vor:

1997:	4 620
1998:	3 054
1999:	1 842
2000:	788

Zur Darstellung der Arbeitsplatzzusagen wird auf die Antwort zu Frage 14 verwiesen.

187. Für welche Unternehmen liegen Arbeitsplatzzusagen für welche Jahre vor?

In der Region Magdeburg liegen der BvS für 11 im Rahmen von Anteilsverkäufen privatisierte Unternehmen Arbeitsplatzzusagen vor; diese sind vollständig pönalisiert und enden überwiegend im Jahre 1997, in 2 Fällen in den Jahren 1999 und 2000.

188. In welchem Umfang sind die Arbeitsplatzzusagen bei Nichteinhaltung mit Vertragsstrafen belegt?

5 070 der der BvS für den Zeitraum 1997 bis 2000 vorliegenden 5 195 Arbeitsplatzzusagen aus allen Verträgen mit in dieser Region ansässigen Erwerbern sind mit Vertragsstrafen belegt.

189. Welche Unternehmen betrifft das?

Auf die Vorbemerkung wird verwiesen.

Industrielle Kerne in der Region Halle

Antwort der Bundesregierung 1994 (Drucksache 12/7745) zum Maschinenbau in Halle:

„Ergebnisse der regionalen Wirtschaftsförderung vom 3. Oktober 1990 bis 31. März 1994 in der Stadt Halle zeigen die Entwicklung von neuen Dauerarbeitsplätzen in der Region auf.“

190. Wie viele neue Dauerarbeitsplätze sind entstanden?

Die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA) zielt darauf ab, zukunftsorientierte wettbewerbsfähige Dauerarbeitsplätze zu schaffen und zu erhalten. In der Stadt Halle haben Bund und Land gemeinsam im Rahmen der GA im Zeitraum 1990 bis Ende März 1997 insgesamt 201 Investitionsvorhaben der gewerblichen Wirtschaft mit einem Investitionsumfang von fast 1,3 Mrd. DM gefördert. Investitionszuschüsse in Höhe von 240 Mio. DM wurden dafür bereitgestellt. Insgesamt werden damit ca. 19 350 Arbeitsplätze gesichert und neu geschaffen.

191. Wie viele Erwerbstätige

- a) gab es in der Stadt Halle am 31. Dezember 1993, 31. Dezember 1994 und 31. Dezember 1995,
- b) gibt es gegenwärtig in der Stadt Halle?

In der Stadt Halle gab es nach den derzeit verfügbaren Angaben des Statistischen Landesamtes folgende Anzahl von Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt:

1993:	145 115
1994:	151 064
1995:	141 991

192. In welchem Umfang liegen Arbeitsplatzzusagen für die weitere Entwicklung in der Stadt Halle für 1997, 1998, 1999 und im Jahr 2000 vor?

Der BvS liegen folgende Arbeitsplatzzusagen aus den Verträgen mit in der Stadt Halle ansässigen Erwerbern vor:

1997:	4 192
1998:	2 635
1999:	1 559
2000:	346

Zur Darstellung der Arbeitsplatzzusagen wird auf die Antwort zu Frage 14 verwiesen.

193. Für welche Unternehmen liegen Arbeitsplatzzusagen für welche Jahre vor?

In der Stadt Halle liegen der BvS für 11 im Rahmen von Anteilsverkäufen privatisierte Unternehmen Arbeitsplatzzusagen vor; diese sind vollständig pönalisiert und enden überwiegend im Jahre 1997, in einem Fall im Jahre 2001.

194. In welchem Umfang sind die Arbeitsplatzzusagen bei Nichteinhaltung mit Vertragsstrafen belegt?

4 288 der der BvS für den Zeitraum 1997 bis 2000 vorliegenden 4 592 Arbeitsplatzzusagen aus allen Verträgen mit in dieser Region ansässigen Erwerbern sind mit Vertragsstrafen belegt.

195. Welche Unternehmen betrifft das?

Auf die Vorbemerkung wird verwiesen.

Waggonbau in Ammendorf und Dessau

Antwort der Bundesregierung 1994 (Drucksache 12/7745) zum Waggonbau in Ammendorf und Dessau: „Die Mitarbeiterzahl an den einzelnen Waggonbaustandorten stellt sich per 1. Januar 1994 wie folgt dar:

Standorte	Mitarbeiter
Ammendorf	2 000
Dessau	1 000“

196. Wie hat sich die Anzahl der Arbeitsplätze im Waggonbau in Ammendorf und Dessau in den einzelnen Jahren entwickelt, und worin sieht die Bundesregierung die Ursachen für die eingetretene Entwicklung?

197. Was hat die Bundesregierung unternommen, um einem Arbeitsplatzverlust gegenzusteuern?

Die Anzahl der Arbeitsplätze im Waggonbau an den genannten Standorten hat sich wie folgt entwickelt:

	1995	1996	1997
Ammendorf	1 650	1 100	950
Dessau	775	-	-

Die Reduzierung der Arbeitskräfte in Ammendorf erfolgte planmäßig entsprechend dem Unternehmenskonzept, das den zukünftigen Absatzerwartungen – nicht zuletzt durch einen erheblichen Kapazitätsabbau – Rechnung trägt.

Am Standort Dessau ist die Fertigung von Spezialwaggonen durch die DWA AG aus Kapazitätsgründen zum 30. Juni 1995 eingestellt worden. Mit Unterstützung der BvS und des Landes Sachsen-Anhalt wurde der Standort saniert und als Industriepark entwickelt. Die dort angesiedelten Unternehmen – darunter die aus der Waggonbau Dessau GmbH ausgegründete Fahrzeug-

technik Dessau GmbH, die als Engineering- und Zulieferunternehmen weiterhin im Bereich Schienenfahrzeugbau tätig ist – haben nach Auskünften am Standort gegenwärtig insgesamt wieder mehr als 600 Beschäftigte.

198. Wie haben sich Unternehmen, die mit dem Waggonbau zusammenhängen, sowie die Dienstleistungsunternehmen entwickelt?

Zur Entwicklung der mit dem Waggonbau zusammenhängenden Unternehmen wird auf die Antwort zu Frage 64 und zur Entwicklung der Unternehmen der Dienstleistungsbranche auf die Antwort zu Frage 35 verwiesen.

199. Welche alternativen Arbeitsplätze sind in welchem Umfang entstanden?

Auf die Antwort zu Frage 13 wird verwiesen.

200. In welchem Umfang liegen Arbeitsplatzzusagen für die weitere Entwicklung der einzelnen Waggonbauunternehmen in Sachsen-Anhalt für 1997, 1998, 1999 und im Jahr 2000 vor?
201. In welchem Umfang sind die Arbeitsplatzzusagen bei Nichteinhaltung mit Vertragsstrafen belegt?
202. Welche Unternehmen betrifft das?

Für die Deutsche Waggonbau AG liegen nur Gesamtzusagen vor, die nicht für einzelne Standorte gelten. Die bis zum Jahre 2000 jährlich 2 400 zugesagten Arbeitsplätze sind mit Vertragsstrafe belegt.

Industrielle Kerne in der Region Dessau

203. Wie viele Erwerbstätige

- a) gab es in der Stadt Dessau am 31. Dezember 1993, 31. Dezember 1994 und 31. Dezember 1995,
- b) gibt es gegenwärtig in der Stadt Dessau?

In der Stadt Dessau gab es nach den derzeit verfügbaren Angaben des Statistischen Landesamtes folgende Anzahl von Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt:

1993:	45 145
1994:	44 660
1995:	45 943

204. In welchem Umfang liegen Arbeitsplatzzusagen für die weitere Entwicklung in der Stadt Dessau für 1997, 1998, 1999 und im Jahr 2000 vor?

Der BvS liegen folgende Arbeitsplatzzusagen aus den Verträgen mit in der Stadt Dessau ansässigen Erwerbern vor:

1997:	663
1998:	102
1999:	5
2000:	5

Zur Darstellung der Arbeitsplatzzusagen wird auf die Antwort zu Frage 14 verwiesen.

205. Für welche Unternehmen liegen Arbeitsplatzzusagen für welche Jahre vor?

In der Stadt Dessau liegen der BvS für 5 im Rahmen von Anteilsverkäufen privatisierte Unternehmen Arbeitsplatzzusagen vor; diese sind vollständig pönalisiert und enden in 2 Fällen im Jahre 1997 und in 3 Fällen im Jahre 1998.

206. In welchem Umfang sind die Arbeitsplatzzusagen bei Nichteinhaltung mit Vertragsstrafen belegt?

663 der der BvS für den Zeitraum 1997 bis 2000 vorliegenden 663 Arbeitsplatzzusagen aus allen Verträgen mit in der Stadt Dessau ansässigen Erwerbern sind mit Vertragsstrafen belegt.

207. Welche Unternehmen betrifft das?

Auf die Vorbemerkung wird verwiesen.

Industrielle Kerne in der Region Schönebeck

Antwort der Bundesregierung 1994 (Drucksache 12/7745) zum Landmaschinenbau in der Region Schönebeck:

„Unternehmen	Mitarbeiter
Landtechnik Schlüter GmbH	430“

208. Wie hat sich die Anzahl der Arbeitsplätze in der Landtechnik Schlüter GmbH in den einzelnen Jahren entwickelt, und worin sieht die Bundesregierung die Ursachen für die eingetretene Entwicklung?

209. Was hat die Bundesregierung unternommen, um einem Arbeitsplatzverlust gegenzusteuern?

Die Anzahl der Arbeitsplätze (einschließlich Ausbildungsplätze) in der Landtechnik Schlüter GmbH (jetzt Landtechnik Schönebeck GmbH LTS), hat sich wie folgt entwickelt:

1995:	436
1996:	351
1997:	275

Die LTS hat im Rahmen der (ersten) Privatisierung erhebliche Mittel der BvS zur Verlust- und Investitionsfinanzierung und zur Eigenkapitalausstattung erhalten. Nachdem sich herausgestellt hat, daß das Unternehmen

in der gegenwärtigen Form nicht marktfähig ist, werden z. Z. Kaufgespräche mit verschiedenen Interessenten geführt.

210. Wie haben sich Unternehmen, die mit dem Landmaschinenbau zusammenhängen, sowie die Dienstleistungsunternehmen entwickelt?

Auf die Antwort zu Frage 46 wird verwiesen.

211. Welche alternativen Arbeitsplätze sind in welchem Umfang entstanden?

Auf die Antwort zu Frage 13 wird verwiesen.

212. Wie hat sich die Entwicklung weiterer industrieller Kerne in der Region Schönebeck seit 1994 vollzogen, und wie gestaltet sich die weitere Entwicklung der Anzahl der Arbeitsplätze?

Die Bundesregierung hat im Konzept zur Sicherung und Erneuerung industrieller Kerne durch die Treuhandanstalt in den neuen Bundesländern vom 21. Juni 1993 und in ihrer Antwort auf die Große Anfrage des Abgeordneten Dr. Fritz Schumann (Kroppenstedt) und der Gruppe der PDS/Linke Liste (Drucksache 12/7745) betr. Erneuerung industrieller Kerne vom 30. Mai 1994 keine weiteren industriellen Kerne in der Region Schönebeck genannt.

213. In welchem Umfang liegen Arbeitsplatzzusagen für die weitere Entwicklung in der Landtechnik Schlüter GmbH für 1997, 1998, 1999 und im Jahr 2000 vor?

214. In welchem Umfang sind die Arbeitsplatzzusagen bei Nichteinhaltung mit Vertragsstrafen belegt?

Im Rahmen des Kauf- und Übernahmevertrages waren Arbeitsplatzzusagen in Höhe von 200 Mitarbeitern bis zum Jahr 2000 vereinbart und pönalisiert worden. Im übrigen wird auf die Antwort zu Frage 208 und 209 verwiesen.

215. Wie viele Erwerbstätige

- a) gab es in der Region Schönebeck am 31. Dezember 1993, 31. Dezember 1994 und 31. Dezember 1995,
b) gibt es gegenwärtig in der Region Schönebeck?

In der Region Schönebeck, also dem Kreis Schönebeck, gab es nach den derzeit verfügbaren Angaben des Sta-

tistischen Landesamtes folgende Anzahl von Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt:

1993:	25 021
1994:	25 752
1995:	24 927

216. In welchem Umfang liegen Arbeitsplatzzusagen für die weitere Entwicklung in der Region Schönebeck für 1997, 1998, 1999 und im Jahr 2000 vor?

Der BvS liegen folgende Arbeitsplatzzusagen aus den Verträgen mit in dieser Region ansässigen Erwerbern vor:

1997:	256
1998:	99
1999:	94
2000:	92

Zur Darstellung der Arbeitsplatzzusagen wird auf die Antwort zu Frage 14 verwiesen.

217. Für welche Unternehmen liegen Arbeitsplatzzusagen für welche Jahre vor?

In der Region Schönebeck liegen der BvS für 2 im Rahmen von Anteilsverkäufen privatisierte Unternehmen Arbeitsplatzzusagen vor; diese sind vollständig pönalisiert und enden in einem Fall im Jahre 1997 und reichen im anderen Fall bis in das Jahr 2000.

218. In welchem Umfang sind die Arbeitsplatzzusagen bei Nichteinhaltung mit Vertragsstrafen belegt?

256 der der BvS für den Zeitraum 1997 bis 2000 vorliegenden 256 Arbeitsplatzzusagen aus allen Verträgen mit in dieser Region ansässigen Erwerbern sind mit Vertragsstrafen belegt.

219. Welche Unternehmen betrifft das?

Auf die Vorbemerkung wird verwiesen.

Industrielle Kerne in der Region Staffurt

Einschätzung der Bundesregierung 1994 (Drucksache 12/7745):

Folgende Branchen stellen eine potentielle Alternative an Arbeitsplätzen zum Chemieanlagenbau dar: Kraftwerksanlagenbau, Anlagenbau für die metallurgische Industrie, Anlagenbau für die Lebensmittelindustrie, Apparatebau für die Energiewirtschaft, für den Transport, für die Lebensmittelindustrie und für die Umwelttechnik."

220. Wie hat sich die Anzahl der Arbeitsplätze in der Chemieanlagenbau Staßfurt AG in den einzelnen Jahren entwickelt, und worin sieht die Bundesregierung die Ursachen für die eingetretene Entwicklung?

Die Anzahl der Arbeitsplätze in der Chemieanlagenbau Staßfurt AG (CAS) hat sich wie folgt entwickelt:

1994:	589
1995:	371
1996:	215

Die Entwicklung der CAS ist vom Verlust der Absatzmärkte in den mittel- und osteuropäischen Staaten sowie den GUS-Staaten geprägt. In Erwartung künftiger Aufträge, vor allem aus den ehemaligen RGW-Staaten, wurden lange Zeit zu große Kapazitäten vorgehalten. Eine Anpassung des Personalbestandes an die Auftragslage erfolgte erst im Nachgang.

Nachdem sich der Markt für die CAS nicht im erforderlichen Umfang geöffnet hatte, mußte Ende 1995 die Restrukturierung der Gesellschaft veranlaßt werden. Mit der Sanierung wurden die Voraussetzungen für die derzeit laufenden Privatisierungsbemühungen geschaffen. Die CAS soll noch im 2. Halbjahr 1997 privatisiert werden. Nur dadurch kann ein Überleben der CAS am internationalen Markt sichergestellt und ein Erfolg für den jetzt laufenden Privatisierungsversuch unterstützt werden.

221. Wie haben sich Unternehmen, die mit dem Chemieanlagenbau zusammenhängen, sowie die Dienstleistungsunternehmen entwickelt?

Auf die Antwort zu Frage 114 wird verwiesen.

222. In welchem Umfang liegen Arbeitsplatzzusagen für die weitere Entwicklung in der Chemieanlagenbau Staßfurt AG für 1997, 1998, 1999 und im Jahr 2000 vor?

Arbeitsplatzzusagen liegen nicht vor.

223. In welchem Umfang liegen Arbeitsplatzzusagen für die weitere Entwicklung in der Region Staßfurt für 1997, 1998, 1999 und im Jahr 2000 vor?

Der BvS liegen folgende Arbeitsplatzzusagen aus den Verträgen mit in dieser Region ansässigen Erwerbern vor:

1997:	1 208
1998:	715
1999:	638
2000:	403

Zur Darstellung der Arbeitsplatzzusagen wird auf die Antwort zu Frage 14 verwiesen.

224. Für welche Unternehmen liegen Arbeitsplatzzusagen für welche Jahre vor?

In der Region Staßfurt liegen der BvS für 4 im Rahmen von Anteilsverkäufen privatisierte Unternehmen Arbeitsplatzzusagen vor; diese sind vollständig pönalisiert und enden in 3 Fällen im Jahre 1997 und in einem Fall im Jahre 1999.

225. In welchem Umfang sind die Arbeitsplatzzusagen bei Nichteinhaltung mit Vertragsstrafen belegt?

1 257 der der BvS für den Zeitraum 1997 bis 2000 vorliegenden 1 258 Arbeitsplatzzusagen aus allen Verträgen mit in dieser Region ansässigen Erwerbern sind mit Vertragsstrafen belegt.

226. Welche Unternehmen betrifft das?

Auf die Vorbemerkung wird verwiesen.

227. Wie hat sich die Entwicklung weiterer industrieller Kerne in der Region Staßfurt seit 1994 vollzogen, und wie gestaltet sich die weitere Entwicklung der Anzahl der Arbeitsplätze?

Die Bundesregierung hat im Konzept zur Sicherung und Erneuerung industrieller Kerne durch die Treuhandanstalt in den neuen Bundesländern vom 21. Juni 1993 und in ihrer Antwort auf die Große Anfrage des Abgeordneten Dr. Fritz Schumann (Kroppenstedt) und der Gruppe der PDS/Linke Liste (Drucksache 12/7745) betr. Erneuerung industrieller Kerne vom 30. Mai 1994 keine weiteren industriellen Kerne in der Region Staßfurt genannt.

228. Wie viele Erwerbstätige

- a) gab es in der Region Staßfurt am 31. Dezember 1993, 31. Dezember 1994 und 31. Dezember 1995,
b) gibt es gegenwärtig in der Region Staßfurt?

In der Region Staßfurt, also dem Kreis Aschersleben-Staßfurt, gab es nach den derzeit verfügbaren Angaben des Statistischen Landesamtes folgende Anzahl von Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt:

1993:	40 041
1994:	39 368
1995:	37 709

229. Was hat die Bundesregierung unternommen, um einem Arbeitsplatzverlust in der Region Staffurt gegenzusteuern?

Auf die Vorbemerkung wird verwiesen.

230. Welche alternativen Arbeitsplätze sind in welchem Umfang in der Region Staffurt entstanden?

Auf die Antwort zu Frage 13 wird verwiesen.

231. In welchem Umfang liegen Arbeitsplatzzusagen für die weitere Entwicklung in der Region Staffurt für 1997, 1998, 1999 und im Jahr 2000 vor?

Auf die Antwort zu Frage 223 wird verwiesen.

232. Für welche Unternehmen liegen Arbeitsplatzzusagen für welche Jahre vor?

Auf die Antwort zu Frage 224 wird verwiesen.

233. In welchem Umfang sind die Arbeitsplatzzusagen bei Nichteinhaltung mit Vertragsstrafen belegt?

Auf die Antwort zu Frage 225 wird verwiesen.

234. Welche Unternehmen betrifft das?

Auf die Antwort zu Frage 226 wird verwiesen.

F. Thüringen

Industrielle Kerne in der Region Eisenach

Einschätzung der Bundesregierung 1994 (Drucksache 12/7745) zur Automobilindustrie in der Region Eisenach: „Unter Einbeziehung der in der Region Eisenach für die Automobilindustrie tätigen neun Zuliefer- und fünf Dienstleistungsunternehmen sind gegenwärtig etwa 4 560 Arbeitsplätze mit der Automobilproduktion verbunden.“

235. Welche Angaben zu den Arbeitsplätzen und den Unternehmen liegen jetzt vor?
236. Worin sieht die Bundesregierung, soweit Abweichungen gegenüber ihrer Einschätzung von 1994 bestehen, die Ursachen für die eingetretene Entwicklung?
237. Was hat die Bundesregierung unternommen, um einem Arbeitsplatzverlust gegenzusteuern?

Nach Angaben der IHK Erfurt gab es im März 1997 allein im Wartburgkreis insgesamt 2 291 Beschäftigte im Fahrzeugbau (Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen). Unter Einbeziehung der in der Region Ei-

senach für die Automobilindustrie tätigen Zulieferer und Dienstleistungsunternehmen sind gegenwärtig etwa 5 000 Arbeitsplätze mit der Automobilproduktion verbunden. Hierin sind die Arbeitsplätze bei Reparaturwerkstätten und Serviceeinrichtungen vor Ort sowie bei weiteren Zulieferfirmen in den neuen Bundesländern nicht enthalten.

Nach Angaben der Adam Opel AG waren Ende 1996 im Werk Eisenach 1 850 Mitarbeiter beschäftigt.

238. Wie viele Erwerbstätige

- a) gab es in der Region Eisenach am 31. Dezember 1993, 31. Dezember 1994 und 31. Dezember 1995,
- b) gibt es gegenwärtig in der Region Eisenach?

In der Region Eisenach, also dem Wartburgkreis, gab es nach den derzeit verfügbaren Angaben des Statistischen Landesamtes 70 329 Erwerbstätige im Jahresdurchschnitt 1993 und 75 405 Erwerbstätige in 1994.

239. In welchem Umfang liegen Arbeitsplatzzusagen für die weitere Entwicklung in der Region Eisenach für 1997, 1998, 1999 und im Jahr 2000 vor?

Der BvS liegen folgende Arbeitsplatzzusagen aus den Verträgen mit in dieser Region ansässigen Erwerbern vor:

1997:	1 394
1998:	981
1999:	424
2000:	145

Zur Darstellung der Arbeitsplatzzusagen wird auf die Antwort zu Frage 14 verwiesen.

240. Für welche Unternehmen liegen Arbeitsplatzzusagen für welche Jahre vor?

In der Region Eisenach liegen der BvS für 5 im Rahmen von Anteilsverkäufen privatisierte Unternehmen Arbeitsplatzzusagen vor; diese sind vollständig pönalisiert und enden in je 2 Fällen in den Jahren 1997 und 1999, in einem Fall im Jahre 1998.

241. In welchem Umfang sind die Arbeitsplatzzusagen bei Nichteinhaltung mit Vertragsstrafen belegt?

1 415 der der BvS für den Zeitraum 1997 bis 2000 vorliegenden 1 451 Arbeitsplatzzusagen aus allen Verträgen mit in dieser Region ansässigen Erwerbern sind mit Vertragsstrafen belegt.

242. Welche Unternehmen betrifft das?

Auf die Vorbemerkung wird verwiesen.

Landmaschinenbau in den Regionen Eisenach und Weimar

Antwort der Bundesregierung 1994 (Drucksache 12/7745) zum Landmaschinenbau sowie zu den Regionen Weimar und Eisenach:

„Unternehmen	Mitarbeiter
Weimar Werk GmbH	170
Petkus Wutha GmbH	260“

243. Wie hat sich die Anzahl der Arbeitsplätze in der Weimar Werk GmbH und Petkus Wutha GmbH in den einzelnen Jahren entwickelt, und worin sieht die Bundesregierung die Ursachen für die eingetretene Entwicklung?

244. Was hat die Bundesregierung unternommen, um einem Arbeitsplatzverlust gegenzusteuern?

Die Arbeitsplätze in den o. g. Unternehmen haben sich wie folgt entwickelt:

	1994	1995	1996
Weimar Werk GmbH	135	132	137
Petkus Wutha GmbH	264	253	265

Die Weimar-Werk Maschinenbau GmbH hat am 20. Januar 1997 Antrag auf Gesamtvollstreckung gestellt. Die Produktion wird durch den Gesamtvollstreckungsverwalter im Rahmen einer Auffanggesellschaft weitergeführt. Durch den Gesamtvollstreckungsverwalter werden gegenwärtig Verhandlungen mit Interessenten für eine Zweitprivatisierung geführt.

Die Petkus Wutha GmbH hat seit der Privatisierung eine positive Entwicklung zu verzeichnen. Die vertraglich garantierten Arbeitsplatzzusagen wurden eingehalten.

245. Wie haben sich Unternehmen, die mit dem Landmaschinenbau zusammenhängen, sowie die Dienstleistungsunternehmen entwickelt?

Auf die Antwort zu Frage 46 wird verwiesen.

246. Welche alternativen Arbeitsplätze sind in welchem Umfang entstanden?

Auf die Antwort zu Frage 13 wird verwiesen.

247. In welchem Umfang liegen Arbeitsplatzzusagen für die weitere Entwicklung in der Weimar Werk GmbH und Petkus Wutha GmbH für 1997, 1998, 1999 und im Jahr 2000 vor?

248. In welchem Umfang sind die Arbeitsplatzzusagen bei Nichteinhaltung mit Vertragsstrafen belegt?

249. Welche Unternehmen betrifft das?

Die für die Weimar-Werk Maschinenbau GmbH vertraglich vereinbarte Arbeitsplatzzusage galt bis zum 30. Juni 1996.

Die Erwerber der Petkus Wutha GmbH haben für den Standort Wutha und die Ausgliederungen eine Arbeitsplatzgarantie für 5 Jahre abgegeben. Danach sollen 236 Arbeitnehmer in 1994, 245 in 1995 und 265 in den Jahren 1996 bis 1998 beschäftigt werden. Die Arbeitsplatzzusagen sind pönalisiert.

Industrielle Kerne in der Region Weimar

250. Wie viele Erwerbstätige

- gab es in der Region Weimar am 31. Dezember 1993, 31. Dezember 1994 und 31. Dezember 1995,
- gibt es gegenwärtig in der Region Weimar?

In der Region Weimar, also der Stadt Weimar und dem Kreis Weimarer Land, gab es nach den derzeit verfügbaren Angaben des Statistischen Landesamtes 59 514 Erwerbstätige im Jahresdurchschnitt 1993 und 60 784 Erwerbstätige in 1994.

251. In welchem Umfang liegen Arbeitsplatzzusagen für die weitere Entwicklung in der Region Weimar für 1997, 1998, 1999 und im Jahr 2000 vor?

Der BvS liegen folgende Arbeitsplatzzusagen aus den Verträgen mit in dieser Region ansässigen Erwerbern vor:

1997:	651
1998:	679
1999:	69
2000:	65

Zur Darstellung der Arbeitsplatzzusagen wird auf die Antwort zu Frage 14 verwiesen.

252. Für welche Unternehmen liegen Arbeitsplatzzusagen für welche Jahre vor?

In der Region Weimar liegen der BvS für 4 im Rahmen von Anteilsverkäufen privatisierte Unternehmen Arbeitsplatzzusagen vor; diese sind mit Ausnahme von einem Fall vollständig pönalisiert und enden in 2 Fällen im Jahre 1997 und in je einem Fall in den Jahren 1998 und 2000.

253. In welchem Umfang sind die Arbeitsplatzzusagen bei Nichteinhaltung mit Vertragsstrafen belegt?

556 der der BvS für den Zeitraum 1997 bis 2000 vorliegenden 706 Arbeitsplatzzusagen aus allen Verträgen

mit in dieser Region ansässigen Erwerbern sind mit Vertragsstrafen belegt.

254. Welche Unternehmen betrifft das?

Auf die Vorbemerkung wird verwiesen.

Dauerarbeitsplätze in Bischofferode

255. Welche Zusagen zur Schaffung von Dauerarbeitsplätzen wurden von der Bundesregierung für die Region Bischofferode gegeben, und wie wurden sie in den einzelnen Jahren eingehalten?

Die Bundesregierung hat am 14. Juli 1993 folgende Zusagen abgegeben:

- Gewährleistung der im Bergwerk Bischofferode vorhandenen rd. 700 Arbeitsplätze bis Ende 1995.
- Übernahmemöglichkeit für die Mitarbeiter des Bergwerkes Bischofferode ohne Kündigung in die GVV Gesellschaft zur Verwahrung und Verwertung von stillgelegten Bergwerksbetrieben mbH, Erfurt.
- Beschäftigung der Mitarbeiter des Bergwerkes Bischofferode – soweit wie möglich – in der Verwahrungs- und Verwertungstätigkeit der GVV und Angebot angemessener Beschäftigungsmöglichkeiten oder arbeitsförderrechtlicher Alternativen für die übrigen Arbeitnehmer.

Zum 31. Dezember 1993 waren im Kaliwerk Bischofferode 690 Mitarbeiter beschäftigt. Davon entschieden sich 646 Mitarbeiter für einen Übergang in die GVV. Diese Mitarbeiter wurden bis zum 31. Dezember 1995 nach dem Firmentarifvertrag der GVV entlohnt. Die Bundesregierung hat somit alle in bezug auf den Standort Bischofferode gegebenen Zusagen erfüllt.

Industrielle Kerne in der Region Jena

Antwort der Bundesregierung 1994 (Drucksache 12/7745) zur optischen Industrie in der Region Jena: „Nach der o. a. Grundsatzvereinbarung sollen im Bereich der Unternehmen Jenoptik GmbH und Carl Zeiss Jena GmbH mindestens 10 200 Arbeitsplätze erhalten bzw. geschaffen werden.“ (Grundsatzvereinbarung vom 26. Juni 1991)

256. Wie viele Arbeitsplätze wurden in der Jenoptik GmbH und Carl Zeiss Jena GmbH erhalten bzw. geschaffen, und worin sieht die Bundesregierung, soweit Abweichungen gegenüber ihrer Einschätzung von 1994 bestehen, die Ursachen für die eingetretene Entwicklung?

257. Was hat die Bundesregierung unternommen, um einem Arbeitsplatzverlust gegenzusteuern?

Durch Aktivitäten der Jenoptik GmbH sind zum Stand Dezember 1996 – einschließlich von Ausgründungen und der Ansiedlung von Gewerbebetrieben (ohne Carl Zeiss Jena GmbH) rd. 12 600 Arbeitsplätze erhalten

worden bzw. neu entstanden. Die vertragliche Verpflichtung zur Schaffung von 7 400 Arbeitsplätzen wurde damit übererfüllt. Durch strategische Entscheidungen hat das Unternehmen einen wesentlichen Beitrag zur strukturpolitischen Entwicklung der Region Jena und darüber hinaus geleistet.

Bei der Carl Zeiss Jena GmbH waren im Jahresdurchschnitt des Geschäftsjahres 1995/1996 insgesamt 1 816 Arbeitnehmer beschäftigt. Angesichts der weltweit veränderten Marktsituation und der damit verbundenen wesentlichen Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Carl Zeiss Jena GmbH konnte der vorgesehene Beschäftigungsstand nicht gehalten werden.

Mit dem unter Zustimmung des Freistaates Thüringen ausgestalteten Konsolidierungs- und Sanierungskonzept sowie mit den geplanten weiteren Restrukturierungsmaßnahmen wird die Carl Zeiss Jena GmbH zunehmend zu einem gesicherten Kernstandort der Zeiss Gruppe.

258. Wie viele Erwerbstätige

- a) gab es in der Region Jena am 31. Dezember 1993, 31. Dezember 1994 und 31. Dezember 1995,
- b) gibt es gegenwärtig in der Region Jena?

In der Region Jena, also der Stadt Jena und dem Saale-Holzland-Kreis, gab es nach den derzeit verfügbaren Angaben des Statistischen Landesamtes 88 020 Erwerbstätige im Jahresdurchschnitt 1993 und 86 300 in 1994.

259. In welchem Umfang liegen Arbeitsplatzzusagen für die weitere Entwicklung in der Region Jena für 1997, 1998, 1999 und im Jahr 2000 vor?

Der BvS liegen folgende Arbeitsplatzzusagen aus den Verträgen mit in dieser Region ansässigen Erwerbern vor:

1997:	5 337
1998:	23
1999:	0
2000:	0

Zur Darstellung der Arbeitsplatzzusagen wird auf die Antwort zu Frage 14 verwiesen.

260. Für welche Unternehmen liegen Arbeitsplatzzusagen für welche Jahre vor?

In der Region Jena liegen der BvS für 4 im Rahmen von Anteilsverkäufen privatisierte Unternehmen Arbeitsplatzzusagen vor; diese sind vollständig pönalisiert und

enden in 3 Fällen im Jahre 1997 und in einem Fall im Jahre 1998.

261. In welchem Umfang sind die Arbeitsplatzzusagen bei Nichteinhaltung mit Vertragsstrafen belegt?

5 277 der der BvS für den Zeitraum 1997 bis 2000 vorliegenden 5 337 Arbeitsplatzzusagen aus allen Verträgen mit in dieser Region ansässigen Erwerbbern sind mit Vertragsstrafen belegt.

262. Welche Unternehmen betrifft das?

Auf die Vorbemerkung wird verwiesen.

G. Neue Länder insgesamt

Einschätzung der Bundesregierung 1994 (Drucksache 12/7745) zu den Unternehmen der Treuhandanstalt: „Die Treuhandanstalt hatte zu Beginn des Jahres 1994 noch 266 Unternehmen im Angebotsbestand, darunter 71 Unternehmen im Bestand der fünf Management-KGen. Die Treuhandanstalt geht davon aus, daß alle diese Unternehmen privatisiert und damit zumindest im Kern erhalten werden können.“

„Die Zahl der Mitarbeiter in den (...) angesprochenen Unternehmen beträgt ca. 120 000.“

263. a) Welche Unternehmen wurden in den einzelnen Ländern jeweils privatisiert?
 b) Welche Unternehmen befinden sich in den einzelnen Ländern im Bestand der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben?
 c) Welche Unternehmen befinden sich in den einzelnen Ländern im Bestand der Beteiligungs-Management-Gesellschaft Berlin und der Management-KG?

Von den zum 31. Dezember 1993 noch im Angebotsbestand der Treuhandanstalt befindlichen 266 Unternehmen wurden bis zum 31. Dezember 1996 insgesamt 145 Unternehmen privatisiert bzw. reprivatisiert (in Berlin 8, in Brandenburg 23, in Mecklenburg-Vorpommern 12, in Sachsen 41, in Sachsen-Anhalt 43 und in Thüringen 18 Unternehmen).

21 Restgesellschaften wurden nach Betriebsteilverkäufen und weitere 22 Unternehmen direkt in die Liquidation/Gesamtvollstreckung überführt; 12 Firmen wurden durch Fusion bzw. Spaltung abgebaut, und 3 Unternehmen (keine THA/BvS-Beteiligung) aus dem Firmenbestand gelöscht.

7 von den o.g. 266 Unternehmen stehen noch im Eigentum der BvS, 52 Unternehmen gingen unmittelbar oder mittelbar in das Eigentum der BMGB über, und 4 Unternehmen gehören zum Bundesfinanzvermögen. Davon wurden bis Mitte Juni 1997 45 Unternehmen und 8 Unternehmensteile privatisiert. Zu den 7 verbleibenden Unternehmen laufen z. Z. intensive Verkaufsgespräche, so daß auch hier mit einer vollständigen – zu-

mindest aber weitgehenden – Privatisierung noch in diesem Jahr gerechnet werden kann.

264. a) Wie hoch war die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bereich der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben oder den Management-KGen in den einzelnen Ländern jeweils am 31. Dezember 1993, 31. Dezember 1994 und 31. Dezember 1995?
 b) Wie hoch ist sie gegenwärtig?

Die Anzahl der Beschäftigten in Unternehmen der THA/BvS zu den angegebenen Stichtagen (bei gegenüber 1993 deutlich reduziertem Unternehmensbestand) zeigt folgende Aufstellung:

	12/1993	12/1994	12/1995	12/1996
Berlin	2 166	2 079	974	438
Brandenburg	43 314	2 058	20	20
Mecklenburg-Vorp.	1 607	144	–	2
Freistaat Sachsen	25 839	13 321	411	84
Sachsen-Anhalt	39 092	23 026	5 396	2 764
Freistaat Thüringen	7 224	2 941	27	54
Beschäftigte gesamt	119 242	43 569	6 828	3 362
Anzahl der Unternehmen	250	103	34	45

265. Welche bereits privatisierten Unternehmen wurden von der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben oder den Management-KGen in den einzelnen Ländern jeweils zurückgenommen?

Eine Rücknahme bereits privatisierter Vermögenswerte ist mit dem gesetzlichen Privatisierungsauftrag der THA/BvS grundsätzlich nicht vereinbar. Deshalb konnte und kann eine Rücknahme nach den für das BvS-Vertragsmanagement gültigen Grundsätzen nur ausnahmsweise – und zwar auch dann nur als ultima ratio – in Betracht gezogen werden.

Von den durch die THA/BvS bis zum 31. Dezember 1996 privatisierten Unternehmen und Unternehmensteilen wurden bislang lediglich 38 privatisierte Unternehmen und Unternehmensteile von der BvS zurückgenommen. Im einzelnen betrifft das folgende Unternehmen:

in Brandenburg:

Hans Garckisch Elektroanlagenbau GmbH
 Architektur- und Ingenieur-Consult GmbH
 Möbelring Lauchhammer GmbH
 GARTEC Geo- und Umwelttechnik GmbH
 Schloßbrauerei Wiesenburg GmbH
 DOKFILM Gesellschaft für Film, Video und Fernsehproduktion

in Mecklenburg-Vorpommern:

IAS Innenausstattung GmbH Schwerin
 Schiffsanlagenbau Barth GmbH
 Holzwerk und Parkettfabrik GmbH Wittenhagen
 Plauer Möbel GmbH
 Norddeutsche Polstermöbel GmbH
 Grypswald-Moden GmbH
 Verkehrs- und Tiefbau GmbH Schwerin
 Volkswerft Stralsund
 MTW Schiffswerft GmbH
 IMG Ingenieurtechnik u. Maschinenbau GmbH
 Dieselmotorenwerk Vulkan GmbH

in Sachsen:

Deutsche Auktions- und Handelsgesellschaft mbH
 Magnus Baumann GmbH
 Oelsnitzer Bau
 Dekordruck GmbH Leipzig
 Glashütter Uhrenbetrieb GmbH – Glashütte
 Reprocolor GmbH
 Gasversorgung Dessau GmbH
 Sächsische Fleischmarkt GmbH
 Vermögensverwaltungsges. Hochvakuumtechnik GmbH
 Maschinenbau Handel Landtechnik GmbH Elsnig

in Sachsen-Anhalt:

MIFA Besitz- und Betriebsgesellschaft mbH
 RFT radio-television Halle Handel Service
 Quesyt chemische Synthese GmbH
 Entstaubungstechnik Magdeburg GmbH
 Hallesche Beton und Baustoff GmbH
 MEFA GmbH, Metallverarbeitung und Fahrzeugbau

in Thüringen:

Karosseriewerk Erfurt GmbH
 domal GmbH Wasch- und Reinigungsmittel
 ATW-Autoteile und Werkstattbedarf GmbH
 West-Thüringer Fisch GmbH Gotha
 Autohaus Altenburg – Thälmannstraße – GmbH

Von diesen 38 Unternehmen konnten bereits 23 Unternehmen wieder privatisiert und 2 Firmen reprivatisiert werden. Nach Verfügungen für 7 weitere Firmen befinden sich gegenwärtig nur noch 6 dieser zurückgenommenen Unternehmen im Angebotsbestand der BvS, darunter die MTW Schiffswerft GmbH Wismar, die Volkswerft GmbH Stralsund und die Dieselmotorenwerk Vulkan GmbH.

266. In wie vielen der im Konzept zur Sicherung und Erneuerung industrieller Kerne von der Bundesregierung benannten Unternehmen in den einzelnen Ländern verlief jeweils die Entwicklung hinsichtlich der Zahl der Arbeitsplätze bis heute günstiger, als 1994 von der Bundesregierung eingeschätzt?

267. a) Wie viele Beschäftigte gab es in den im Konzept zur Sicherung und Erneuerung industrieller Kerne von der Bundesregierung benannten Unternehmen, die gegenwärtig mehr Beschäftigte haben, als es die Erwartungen der Bundesregierung vom Jahr 1994 vorsahen, insgesamt am 31. Dezember 1993, 31. Dezember 1994 und 31. Dezember 1995 jeweils in den einzelnen Ländern?
- b) Wie viele Beschäftigte gibt es gegenwärtig in diesen Unternehmen jeweils in den einzelnen Ländern?

In der Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der PDS/Linke Liste (Drucksache 12/7745) vom 30. Mai 1994 sind in den Abschnitten A.1. bis A.7. und B.3. lediglich für die nachstehenden 6, im Konzept zur Sicherung und Erneuerung industrieller Kerne von der Bundesregierung namentlich benannte Unternehmen sowie für einige (nicht durchgängig konkret benannte) Standorte der Großchemie (Abschnitt B.1.h) quantifizierte Aussagen über die damaligen Erwartungen an die weitere Entwicklung hinsichtlich der Anzahl der Arbeitsplätze getroffen worden:

ABB Bergmann-Borsig GmbH (jetzt: ABB Kraftwerke Berlin GmbH)

HECKERT-Chemnitzer Werkzeugmaschinen GmbH (jetzt: in GV)

Kändler Maschinenbau GmbH (jetzt: MALIMO Maschinenbau GmbH)

LEUNA-Werke AG

Werk für Fernsehelektronik GmbH (jetzt: SAMSUNG Elektronische Bauelemente GmbH)

ZMD Zentrum für Mikroelektronik Dresden GmbH

(ausgewählte) Standorte der Großchemie (Leuna, Schkopau, Bitterfeld, Böhlen)

Die nachfolgende Aufstellung enthält für die fünf Unternehmen in Berlin und Sachsen (Leuna wird nur als Standort ausgewiesen) lediglich Zahlen, die dem Vertragsmanagement der THA/BvS lt. Vertrag mitzuteilen waren; sie wurden vollständig – bis zum Auslaufen der jeweiligen Arbeitsplatzzusage, bei HECKERT bis zum 31. Dezember 1995 – aufgenommen (zur Kändler Maschinenbau GmbH vgl. Antwort zu Frage 127). Die Arbeitsplatzverpflichtung für das ZMD, das 1993 an zwei vom Freistaat Sachsen benannte Treuhandgesellschaften – Tochterunternehmen der Dresdner Bank sowie der Commerzbank – verkauft wurde, ist am 1. Mai 1995 abgelaufen, so daß der BvS keine vollständigen Angaben zur weiteren Arbeitsplatzentwicklung vorliegen. Darüber hinaus hier vorliegende Angaben aus sonstigen – „inoffiziellen“ – Informationen werden zur Vervollständigung unverbindlich mitgeteilt und sind in der Tabelle in Klammern gesetzt.

	12/1993	12/1994	12/1995	12/1996
ABB	(1 400)	(2 000)	?	(440)?
WF (SAMSUNG)	881	903	1 091	802
Berlin gesamt	(2 281)	(2 903)	(1 091)	(1 242)
• ZMD	522	522	(546)	(?)
• HECKERT	(442)	503	499	(512)
• Kändler (MALIMO)	(ca. 250)	132	289	250
Sachsen gesamt	(1 214)	1 157	(1 334)	(762)
• Leuna	6 500	8 880	10 150	10 600
• Buna/Schkopau	2 900	3 500	7 590	6 780
• Böhlen	1 500	2 100	2 060	1 860
• Bitterfeld/Wolfen	4 500	5 800	8 520	8 710
Großchemie gesamt	15 400	20 280	28 320	27 950

Hinsichtlich der Zahl der Arbeitsplätze verlief die Entwicklung – konjunkturell bedingt – bei der SAMSUNG Elektronische Bauelemente GmbH günstiger sowie bei den Unternehmen ABB, HECKERT und Kändler (MALIMO) ungünstiger als 1994 in der vorstehend genannten Antwort der Bundesregierung eingeschätzt.

Die deutlich günstigere Entwicklung an den ausgewählten Standorten der Großchemie ist Ergebnis konzentrierter Privatisierungsbemühungen der BvS auf der Grundlage von weitergehenden konzeptionellen Entscheidungen, die erst nach der o. g. Antwort der Bundesregierung getroffen worden sind.

268. In welchem Umfang liegen Arbeitsplatzzusagen für diese Unternehmen jeweils in den Jahren 1997, 1998, 1999 und im Jahr 2000 sowie jeweils in den einzelnen Ländern vor?

269. Wie wird sich damit die Zahl der Arbeitsplätze in den einzelnen Ländern entwickeln?

Die in der BvS vorliegenden vertraglichen Arbeitsplatzzusagen für die o. g. Unternehmen zeigt die folgende Übersicht:

	1997	1998	1999	2000
ABB	–	–	–	–
WF (SAMSUNG)	–	–	–	–
Berlin gesamt	–	–	–	–
HECKERT	(616)	–	–	–
Kändler (MALIMO)	200	200	200	–
ZMD	–	–	–	–
Sachsen gesamt	(816)	200	200	–

	1997	1998	1999	2000
• Leuna	4 936	4 588	3 775	3 750
• Bitterfeld/Wolfen	3 100	2 950	2 000	–
• Böhlen	41	41	–	–
• Buna/Schkopau	2 667	2 235	2 225	2 200
Großchemie gesamt	10 744	9 814	8 000	5 950

270. In welchem Umfang sind die Arbeitsplatzzusagen bei Nichteinhaltung mit Vertragsstrafen jeweils in den einzelnen Ländern belegt?

Die in der BvS vorliegenden vertraglichen Arbeitsplatzzusagen für diese Unternehmen sind für den Fall der Nichteinhaltung wie folgt mit Vertragsstrafen belegt:

	1997	1998	1999	2000
Kändler (MALIMO)	200	200	200	–
Sachsen gesamt	200	200	200	–
• Leuna	4 299	3 951	3 138	3 113
• Bitterfeld/Wolfen	3 100	2 950	2 000	–
• Böhlen	41	41	–	–
• Buna/Schkopau	167	45	25	–
Großchemie gesamt	7 607	6 987	5 163	3 113

271. In wie vielen der im Konzept zur Sicherung und Erneuerung industrieller Kerne von der Bundesregierung benannten Unternehmen verlief die Entwicklung in den einzelnen Ländern jeweils hinsichtlich der Zahl der Arbeitsplätze bis heute ungünstiger, als 1994 von der Bundesregierung eingeschätzt?

272. Wie viele Beschäftigte gab bzw. gibt es bei den im Konzept zur Sicherung und Erneuerung industrieller Kerne von der Bundesregierung benannten Unternehmen insgesamt, die gegenwärtig weniger Beschäftigte haben, als die Erwartungen der Bundesregierung von 1994 vorsahen,

a) am 31. Dezember 1993, 31. Dezember 1994 und 31. Dezember 1995 jeweils in den einzelnen Ländern,

b) gegenwärtig in diesen Unternehmen jeweils in den einzelnen Ländern?

273. Worin sieht die Bundesregierung die Ursachen für mögliche Abweichungen in den einzelnen Ländern jeweils gegenüber den Einschätzungen von 1994?

Auf die Antwort zu den Fragen 266 und 267 wird verwiesen.

Arbeitsplatzzusagen

274. In welchem Umfang liegen Arbeitsplatzzusagen für diese Unternehmen jeweils in den einzelnen Ländern vor?

- 275. Wie wird sich damit die Zahl der Arbeitsplätze in den einzelnen Ländern jeweils entwickeln?
- 276. In welchem Umfang sind die Arbeitsplatzzusagen bei Nichteinhaltung mit Vertragsstrafen in den einzelnen Ländern jeweils belegt?

In den Privatisierungsverträgen zu den im Konzept zur Sicherung und Erneuerung industrieller Kerne von der Bundesregierung benannten Unternehmen sind insgesamt Zusagen über 39 071 Arbeitsplätze enthalten, davon sind 37 071 Arbeitsplatzzusagen pönalisiert. Diese Zusagen verteilen sich auf die einzelnen Bundesländer wie folgt:

	Arbeitsplatz- zusagen	pönalisiert
Berlin	6 078	4 078
Brandenburg	10 100	10 100
Mecklenburg-Vorpommern	8 385	8 385
Freistaat Sachsen	1 216	1 216
Sachsen-Anhalt	11 492	11 492
Freistaat Thüringen	1 800	1 800
Gesamt	39 071	37 071

- 277. Wie hoch sind die zu den Unternehmen in den einzelnen Ländern jeweils angefallenen Vertragsstrafen bei Nichteinhaltung der Arbeitsplatzzusagen?
- 278. In welchem Umfang wurden diese Vertragsstrafen in den einzelnen Ländern jeweils tatsächlich gezahlt?
- 279. In welchem Umfang wurden fällige Vertragsstrafen in den einzelnen Ländern jeweils erlassen?

Mit Stand Ende 1996 waren bei den im Konzept der Bundesregierung zur Sicherung und Erneuerung industrieller Kerne durch die Treuhandanstalt in den neuen Bundesländern genannten Unternehmen keine Vertragsstrafen für die Nichteinhaltung von Arbeitsplatzzusagen angefallen.

- 280. Wie wird generell bei Nichtzahlung verfahren?

Die Entscheidung über die Berechnung von Vertragsstrafen für die Nichteinhaltung von Arbeitsplatzzusagen sowie über evtl. erforderliche Maßnahmen zur Durchsetzung der daraus resultierenden (Pönale-) Forderungen orientiert sich an dem von den „Grundsätze(n) für das Vertragsmanagement“ vorgegebenen Rahmen. Sie erfolgt generell nach Prüfung der Besonderheiten des Einzelfalls mit der Maßgabe, daß die mit dem Privatisie-

rungsvertrag verfolgten Ziele entsprechend dem Auftrag des Treuhandgesetzes auch tatsächlich erreicht werden.

Nichteinhaltung von Investitionszusagen

- 281. Wie hoch sind die für die Unternehmen in den einzelnen Ländern jeweils angefallenen Vertragsstrafen bei Nichteinhaltung der Investitionszusagen?
- 282. In welchem Umfang wurden diese Vertragsstrafen in den einzelnen Ländern jeweils tatsächlich gezahlt?
- 283. In welchem Umfang wurden fällige Vertragsstrafen erlassen?

Mit Stand Ende 1996 waren bei den im Konzept der Bundesregierung zur Sicherung und Erneuerung industrieller Kerne durch die Treuhandanstalt in den neuen Bundesländern genannten Unternehmen keine Vertragsstrafen für die Nichteinhaltung von Investitionszusagen angefallen.

- 284. Wie wird generell bei Nichtzahlung verfahren?

Die Entscheidung über die Berechnung von Vertragsstrafen für die Nichteinhaltung von Investitionszusagen sowie über evtl. erforderliche Maßnahmen zur Durchsetzung der daraus resultierenden (Pönale-) Forderungen orientiert sich an dem von den „Grundsätze(n) für das Vertragsmanagement“ vorgegebenen Rahmen. Sie erfolgt generell nach Prüfung der Besonderheiten des Einzelfalls mit der Maßgabe, daß die mit dem Privatisierungsvertrag verfolgten Ziele entsprechend dem Auftrag des Treuhandgesetzes auch tatsächlich erreicht werden.

Einnahmen aus Privatisierungen

- 285. Wie hoch ist die Summe der vereinbarten Kaufpreise für Unternehmen in den einzelnen Ländern jeweils?
- 286. In welchem Umfang sind die Kaufpreise für Unternehmen in den einzelnen Ländern jeweils fällig geworden?
- 287. In welchem Umfang wurden die Kaufpreise für Unternehmen in den einzelnen Ländern jeweils tatsächlich bezahlt?

Für die Privatisierung der im Konzept zur Sicherung und Erneuerung industrieller Kerne von der Bundesregierung benannten Unternehmen wurden insgesamt Kaufpreise i. H. v. mehr als 2,5 Mrd. DM vereinbart. Diese Kaufpreise und die noch ausstehenden Beträge verteilen sich auf die einzelnen Bundesländer wie folgt (Angaben in Mio. DM):

	Kaufpreis gesamt	davon bislang fällig	davon bislang gezahlt
Berlin	404	308	308
Brandenburg	822	376	376
Mecklenburg-Vorpommern	2	2	2
Freistaat Sachsen	7	7	7
Sachsen-Anhalt	1 261	383	381
Freistaat Thüringen	52	52	52
Gesamt	2 548	1 128	1 126

288. Wie unterstützt die Bundesregierung Mitarbeiterbeteiligungen beim Erwerb von Treuhandunternehmen und bei der Privatisierung von Bundesunternehmen generell?

Mitarbeiterbeteiligungen (d. h. eine Kapitalbeteiligung von Mitarbeitern eines Unternehmens am Kauf von Geschäftsanteilen oder assets) haben – im Hinblick auf die in der DDR fehlenden Möglichkeiten der Kapitalbildung in Arbeitnehmerhand – notwendigerweise – bei den Privatisierungen der THA/BvS nur in relativ wenigen Fällen, und zwar regelmäßig im Zusammenhang mit der Privatisierung klein- und mittelständischer Betriebe durch MBO/MBI, eine Rolle spielen können.

Zur Privatisierung durch MBO/MBI hat sich die Treuhandanstalt bereits im Herbst 1990 in ihren Leitlinien zur Geschäftspolitik bekannt. Sie hat solche Vorhaben im Rahmen ihrer Möglichkeiten durch eine Reihe von (erleichternden) Regelungen aktiv gefördert. Bei entsprechender Bereitschaft des Managements konnte ein MBO/MBI-Vorhaben selbstverständlich eine Kapitalbeteiligung der Mitarbeiter durch Verkauf von Geschäftsanteilen an Belegschaftsmitglieder – entweder in engem zeitlichen Zusammenhang mit der Privatisierung, oder später in einem zweiten Schritt – einschließen.

Investitionstätigkeit, Entwicklung des Kapitalstocks und Erneuerung des Produktangebots in privatisierten Unternehmen

Einschätzung der Bundesregierung 1994 (Drucksache 12/7745):

Die umfangreichen Investitionen in die Modernisierung und Erweiterung des Kapitalstocks sowie in die Erneuerung und Verbesserung des Produktangebots beginnen ihre Wirkung zu entfalten.“

289. In welchem Umfang wurden in den im Konzept zur Sicherung und Erneuerung industrieller Kerne von der Bundesregierung benannten Unternehmen Investitionen durchgeführt?

In den Privatisierungsverträgen zu den im Konzept zur Sicherung und Erneuerung industrieller Kerne von der Bundesregierung benannten Unternehmen bzw. Industriestandorten haben die Erwerber insgesamt Investi-

tionen in Höhe von rund 16,7 Mrd. DM zugesagt; davon sind nach vorläufigen Angaben etwa 10,3 Mrd. DM realisiert. In welchem Umfang über die gegenüber der BvS abgegebenen Investitionszusagen hinaus in diesen Unternehmen und an diesen Standorten investiert wurde, ist der Bundesregierung nicht bekannt.

290. Wie beurteilt die Bundesregierung die Wirkung der Investitionen auf die tatsächliche Entwicklung der Beschäftigung in den Unternehmen und in den Regionen?

Die Bundesregierung sieht die Investitionstätigkeit der Wirtschaftsunternehmen als zentrale Voraussetzung für einen selbsttragenden Aufschwung in allen ostdeutschen Regionen sowie für eine positive Entwicklung der Beschäftigung.

291. In welchem Umfang wurde der Kapitalstock in den genannten Unternehmen in den einzelnen Ländern jeweils erweitert?

Der Bundesregierung liegen keine Kenntnisse über den Umfang der Erweiterung des Kapitalstocks der genannten privatisierten Unternehmen vor.

292. In welchem Umfang wurde eine Erneuerung des Produktangebots in den genannten Unternehmen in den einzelnen Ländern jeweils erweitert?

Aussagen über die Erneuerung des Produktangebotes einzelner Unternehmen liegen der Bundesregierung nicht vor. Erste statistische Auswertungen der SV-Wissenschaftsstatistik GmbH ergaben, daß der Umsatzanteil neuer Produkte am Gesamtumsatz bei Unternehmen mit Forschung und Entwicklung (FuE) in den neuen Bundesländern im Jahr 1995 bei rd. 44 % lag. Dieser deutlich über dem Gesamtwert Deutschlands (30 %) liegende Anteil ist nicht verwunderlich, da sich diese Unternehmen völlig neu orientieren und ihre Produkte an den westlichen Standard anpassen mußten. Bei Unternehmen ohne FuE entfallen nur rd. 10 % des Gesamtumsatzes auf neue Produkte.

293. Welche Angaben liegen der Bundesregierung zur Entwicklung der in den Forschungs- und Entwicklungsabteilungen der im Konzept zur Sicherung und Erneuerung industrieller Kerne von der Bundesregierung benannten Unternehmen und in der gewerblichen Wirtschaft insgesamt Tätigen in den einzelnen Ländern vor?

Der Bundesregierung liegen im einzelnen keine Angaben zur Entwicklung der in den FuE-Abteilungen der im Konzept zur Sicherung und Erneuerung industrieller Kerne benannten Unternehmen Tätigen vor.

Die Forschungspotentiale in den neuen Bundesländern (1990 ca. 86 000 Beschäftigte) waren infolge des schnellen und umfassenden Transformationsprozesses einem außergewöhnlichen Anpassungsdruck ausgesetzt. Mit gemeinsamen Anstrengungen von Bund und Ländern konnte die Abwärtsentwicklung auf niedrigem Niveau gestoppt werden.

Das FuE-Potential hat nach Angaben der SV-Wissenschaftsstatistik GmbH bundesweit zwischen 1993 und 1995 um ca. 6,7 % abgenommen. Alles deutet darauf hin, daß die Abnahme im Osten stärker ist als im Westen (Ost ca. – 10 %). Von den im Jahr 1993 erfaßten 22 032 Personen (Vollzeitäquivalent) wären damit 1995 größenordnungsmäßig noch etwa 20 000 Personen im Wirtschaftssektor der ostdeutschen Bundesländer mit FuE betraut.

294. Wie viele in den Forschungs- und Entwicklungsabteilungen Tätige wurden durch Bundesprogramme in den einzelnen Ländern gefördert?

Die Bundesregierung unterstützt die FuE-Aktivitäten und den Erhalt von FuE-Potentialen mit einem Bündel gezielter Maßnahmen. Dazu gehören sowohl die Projektförderung im Rahmen diverser Maßnahmen, die Personalförderung im Rahmen der Programme Personalförderung Ost (PFO) und Zuwachsförderung Ost (ZFO) als auch die Schaffung einer FuE-Infrastruktur. Die Anzahl der geförderten Personen wird nur in den beiden Personalfördermaßnahmen erfaßt.

Durch die Maßnahme ZFO des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft, Forschung und Technologie wurden bis Ende 1995 insgesamt 4 636 Personen mit Hochschul-/Fachhochschulabschluß neu eingestellt. Die Maßnahme befindet sich derzeit in der Restabwicklung. Durch die Maßnahme PFO wurden im Jahr 1995 insgesamt 15 230 Personen gefördert. Zu beachten ist dabei, daß es sich bei diesen Personen um kein Vollzeitäquivalent handelt und diese nach den Anforderungen der Richtlinie weder über einen Hochschul-/Fachhochschulabschluß verfügen noch einer FuE-Abteilung angehören müssen.

Die Aufteilung nach Ländern stellt sich wie folgt dar:

	Anzahl der Neueinstellungen (ZFO)	geförderte Personen PFO – 1995
Berlin	688	796
Brandenburg	509	1 554
Mecklenburg- Vorpommern	217	580
Sachsen	1 685	6 915
Sachsen-Anhalt	399	1 847
Thüringen	1 138	3 538
Gesamt	4 636	15 230

295. Welche Marktanteile haben in den neuen Ländern hergestellte Investitionsgüter an den Investitionen in den einzelnen neuen Ländern jeweils?
Wie hat sich der Anteil seit 1994 jeweils verändert?

Der Verbleib des Umsatzes der Investitionsgüterindustrie im jeweiligen Bundesland wird statistisch nicht erfaßt, so daß die Anteile für Investitionen in den jeweiligen Ländern nicht ausgewiesen werden können.

296. Welche Angaben sind der Bundesregierung zur Entwicklung der Zahl der Ausbildungsplätze in den im Konzept zur Sicherung und Erneuerung industrieller Kerne von der Bundesregierung benannten Unternehmen und in der gewerblichen Wirtschaft insgesamt in den einzelnen Ländern und einzelnen Jahren seit 1994 bekannt?

Angaben zu den o. g. Unternehmen bzw. zu den einzelnen Bundesländern liegen nicht vor.

In den ostdeutschen Bundesländern sind nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit folgende betriebliche Berufsausbildungsstellen bei den Arbeitsämtern gemeldet (jeweils Berichtsmonat September):

1994:	94 906
1995:	99 072
1996:	98 254

297. Wie viele Ausbildungsplätze gab es 1994 in ehemaligen Treuhandbetrieben, und wie viele gibt es jetzt?
Wie viele Ausbildungsplätze gab es 1994 in Unternehmen der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben, und wie viele gibt es jetzt?

Die Anzahl der 1994 in ehemaligen, d. h. bereits privatisierten, THA-Unternehmen bestehenden Ausbildungsplätze ist der BvS nicht bekannt, da keine Meldepflicht bestand. Im Dezember 1994 wurden in den Unternehmen der THA insgesamt 6 276 Lehrlinge ausgebildet. Die Zahl der Auszubildenden in den Unternehmen der BvS wird nicht erfaßt.

Nachverhandlungen zu Privatisierungsverträgen, Klärung von Eigentumsfragen und Insolvenzen

298. Mit wie vielen der im Konzept zur Sicherung und Erneuerung industrieller Kerne von der Bundesregierung benannten Unternehmen wurden durch die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben Nachverhandlungen jeweils in den einzelnen Ländern geführt?
Welche sind das?
299. Was war jeweils der Hauptgegenstand der Nachverhandlungen?

Zu folgenden Verträgen, die Privatisierungsvorgänge der im Konzept zur Sicherung und Erneuerung industrieller Kerne von der Bundesregierung benannten Unternehmen betreffen, wurden Nachverhandlungen geführt:

	Name des Unternehmens	Beispiele für Inhalte der Nachverhandlungen
Berlin	Minol Mineralölhandel AG Deutsche Waggonbau AG	Zahlung des Kaufpreises Verlustausgleich
Brandenburg	Hennigsdorfer Stahl GmbH Stahl- u. Walzwerk Brandenburg GmbH EKO Stahl GmbH	Restitutionsansprüche Ansprüche aus Gewährleistung/Garantie Bürgschaftsprolongationen
Mecklenburg-Vorpommern	Volkswerft GmbH (vor Rücknahme)	Ansprüche aus Gewährleistung/Garantie
Sachsen-Anhalt	Raffinerie Leuna 2000 Altraffinerien Schwefelsäure-Zementanlage der Chemie AG Betriebsteil Kunststoffrohre MIBRAG BT Salicylsäure (Leuna) ADDINOL Mineralöl GmbH Buna Sow Leuna Olefinverbund GmbH Methanchlorierungsanlage (Bitterfeld)	Kostenübernahme Forschungslabor Senkung der Abrißkosten-Beteiligung der BvS Ansprüche aus Gewährleistung/Garantie Arbeitsplatz- u. Investitionszusagen Ansprüche aus Gewährleistung/Garantie Haftungsregelungen zu Altlasten Liquiditätshilfen Umsetzung der Prüfungsergebnisse der EU-Kommission Konkretisierung des ursprünglichen Ver- tragstextes

300. Wie viele Nachverhandlungen sind jeweils in den einzelnen Ländern abgeschlossen?

Seit 1994 wurden durch das Vertragsmanagement der THA/BvS zu insgesamt knapp 7 000 Verträgen Nachverhandlungen abgeschlossen. Davon betreffen 350 Verträge Berlin, 1 119

Verträge Brandenburg, 818 Verträge Mecklenburg-Vorpommern, 1 083 Verträge Sachsen-Anhalt, 2 312 Verträge Sachsen und 1 306 Verträge Thüringen.

301. Mit wie vielen Unternehmen insgesamt wurden in den einzelnen Ländern jeweils Nachverhandlungen geführt?

Bisher wurden zu insgesamt 9 171 Verträgen Nachverhandlungen geführt. Sie verteilen sich auf die Länder wie folgt:

Berlin	510 Verträge
Brandenburg	1 473 Verträge
Mecklenburg-Vorpommern	1 051 Verträge
Sachsen	3 060 Verträge
Sachsen-Anhalt	1 416 Verträge
Thüringen	1 661 Verträge

302. Wie viele Nachverhandlungen sind in den einzelnen Ländern jeweils noch nicht abgeschlossen?

Mit Stand 31. Mai 1997 waren zu 2 203 Verträgen die Nachverhandlungen noch nicht abgeschlossen, davon 207 Verträge in Berlin, 310 Verträge in Brandenburg, 228 Verträge in Mecklenburg-Vorpommern, 379 Verträge in Sachsen-Anhalt, 753 Verträge in Sachsen und 330 Verträge in Thüringen.

303. Bei welchen der im Konzept zur Sicherung und Erneuerung industrieller Kerne von der Bundesregierung benannten Unternehmen waren nach der Privatisierung Eigentumsfragen zu klären?

304. Welcher Art waren die ungeklärten Eigentumsfragen jeweils?

Bei den Unternehmen NILES, Opel AWE, Carl Zeiss Jena, VWS, MTW, Kvaerner, H. E. S. und ABB waren nach der Privatisierung auf der Grundlage der geltenden gesetzlichen Regelungen Eigentumsansprüche von Privatpersonen, von Kommunen sowie des Bundes zu klären.

Die IG Farben ist mit ihrer Verfassungsbeschwerde auf Rückübertragung von 17 enteigneten Betrieben der

Großchemie beim Bundesverfassungsgericht im September 1996 endgültig gescheitert.

305. In welchem Umfang haben ungeklärte Eigentumsfragen auf die Investitions- und Wirtschaftstätigkeit der einzelnen Unternehmen gewirkt?

Auswirkungen auf die Investitions- und Wirtschaftstätigkeit der betroffenen Unternehmen sind – mit Ausnahme von Zahlungen, die nach Maßgabe der geltenden gesetzlichen Regelungen zu erfolgen hatten – der BvS nicht bekannt.

306. Wie viele der im Konzept zur Sicherung und Erneuerung industrieller Kerne von der Bundesregierung benannten Unternehmen befinden sich jeweils in den einzelnen Ländern in Gesamtvollstreckung?
307. Welche sind das?
308. Worin sieht die Bundesregierung die Ursachen für die Gesamtvollstreckungen jeweils?

Von den im Konzept zur Sicherung und Erneuerung industrieller Kerne von der Bundesregierung benannten Unternehmen befinden sich die folgenden Firmen in Gesamtvollstreckung:

Niles Werkzeugmaschinen GmbH Berlin (Berlin)

HECKERT Chemnitzer Werkzeugmaschinen GmbH (Sachsen)

SKET Schwermaschinenbau GmbH (Sachsen-Anhalt).

Die Ursache für die Beantragung der Gesamtvollstreckung über das Vermögen dieser Unternehmen lag in der Tatsache, daß es den Unternehmen auch mehrere Jahre nach der Privatisierung (noch) nicht gelungen war, effizient zu produzieren und sich eine feste Marktposition zu sichern.

Im einzelnen wurden die Anträge durch folgende Ereignisse veranlaßt:

Die NILES Werkzeugmaschinen GmbH Berlin, deren Privatisierung im Mai 1993 von der Treuhandanstalt mit erheblichen finanziellen Aufwendungen in zweistelliger Millionenhöhe unterstützt worden war, ist infolge mangelnder Umsetzung des Sanierungskonzeptes vom März 1995 durch das Management des Unternehmens – insbesondere wegen des hohen Personalbestandes – bereits Ende des Jahres 1995 in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Die per 1. Januar 1996 erfolgte Fusion mit der Eigentümerin, der Fritz Werner Werkzeugmaschinen AG, hat hier zwar leitungsseitig Abhilfe geschaffen; die für die finanzielle Sanierung für erforderlich angesehenen Mittel von ca. 60 bis 80 Mio. DM konnten jedoch durch die Beteiligten nicht dargestellt werden. Die Geschäftsführung mußte daraufhin im Februar 1996 Konkurs beantragen. Eine Zweitprivatisie-

rung (Verkauf der Auffanggesellschaft an die Kapp-Gruppe, Coburg) gelang im Januar 1997.

Trotz beachtlicher Sanierungserfolge sowie einer Steigerung der Umsatzerlöse hatte die HECKERT Chemnitzer Werkzeugmaschinen GmbH (HCW) für das Jahr 1995 einen Jahresfehlbetrag i. H. v. 26,6 Mio. DM ausgewiesen; die Vorschau für das Jahr 1996 wies wiederum einen Jahresfehlbetrag in zweistelliger Millionenhöhe aus. Nachdem Mitte Oktober 1996 die TRAUB AG (Eigentümerin der HCW) Vergleich angemeldet hatte, hat die HCW am 30. Oktober 1996 aufgrund mangelnder Liquidität einen Antrag auf Eröffnung des Gesamtvollstreckungsverfahrens stellen müssen. Maßgeblich für diesen Antrag war die Entscheidung der Hausbank des Unternehmens, kein zusätzliches Kreditrisiko einzugehen und keine weiteren Finanzmittel zur Verfügung zu stellen.

Das von der Geschäftsführung der SKET Schwermaschinenbau GmbH in der Aufsichtsratssitzung am 14. Oktober 1996 zur Abstimmung gestellte und mehrheitlich akzeptierte Reorganisations- und Fortführungskonzept hat wegen der notwendigen Personal- und Kapazitätsanpassungen nicht die Zustimmung der Arbeitnehmervertreter gefunden. Da die Mehrheit des Aufsichtsrates und die Geschäftsführung keine Möglichkeit zur erfolgreichen Umsetzung des Konzeptes gegen den Widerstand der Arbeitnehmerseite sahen, wurde das Konzept nicht beschlossen. Mangels eines tragfähigen Unternehmenskonzeptes sah sich daraufhin die Geschäftsführung im Hinblick auf ihre gesetzlichen Pflichten gezwungen, die Gesamtvollstreckung zu beantragen. Im übrigen wird auf die Antwort zu Frage 180 verwiesen.

309. Wie viele Insolvenzen gab es in den einzelnen Ländern in den jeweiligen Jahren seit 1994 jeweils?

„Insolvenz“ ist der Sammelbegriff für Konkurse, gerichtliche Vergleiche und Gesamtvollstreckungsverfahren. Während im früheren Bundesgebiet noch die Konkurs- und Vergleichsordnung vom 25. Februar 1935 gilt, wird in den neuen Ländern (einschl. Berlin-Ost) die vom Ministerrat der ehemaligen DDR am 6. Juni 1990 erlassene Gesamtvollstreckungsverordnung angewandt (neu gefaßt am 23. Mai 1991). Ab 1999 werden diese Rechtsvorschriften durch eine neue einheitliche Insolvenzordnung abgelöst.

Die Anzahl der nach der Gesamtvollstreckungsverordnung beantragten Insolvenzverfahren in den einzelnen Ländern seit 1994 ist aus der nachfolgenden Tabelle ersichtlich:

	Brandenburg	Mecklenburg- Vorpommern	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Thüringen	Berlin-Ost	Neue Länder insgesamt
1994	806	436	1 495	643	935	521	4 836
1995	1 101	692	2 185	1 194	1 261	638	7 071
1996	1 399	645	2 481	1 480	1 626	762	8 393

Konzept zur Sicherung und Erneuerung industrieller Kerne

310. Gilt das Konzept zur Sicherung und Erneuerung industrieller Kerne der Bundesregierung fort?

Das Konzept der Bundesregierung zur Sicherung und Erneuerung industrieller Kerne durch die Treuhandanstalt in den neuen Bundesländern ist zwischenzeitlich durch andere zielführende Programme und Instrumentarien (vgl. Vorbemerkung vor Frage 1) fortentwickelt worden.

311. Wenn ja, wann und in welcher Form wurde es modifiziert?

Welche Zwischenwertungen der Wirksamkeit wurden vorgenommen, und zu welchen Ergebnissen haben sie jeweils geführt?

312. Wenn nein, wann und in welcher Form erfolgte eine Abrechnung der Wirksamkeit der Maßnahmen des Konzepts?

Zwischenzeitliche Wertungen sind grundsätzlich positiv ausgefallen. So ergab eine Untersuchung der BvS über die Einhaltung der Arbeitsplatzzusagen für 1995, daß bei 81 % der Verträge die Zusagen eingehalten und zum Teil auch deutlich überschritten wurden. Dabei lag die Zahl der geschaffenen Arbeitsplätze um 14 % über den vertraglich vereinbarten Zusagen. Im übrigen wird auf die Vorbemerkung verwiesen.

